


<http://www.laender-analysen.de/russland/>

IMPORT VON ATOMABFÄLLEN INDUSTRIEUNTERNEHMEN UND DIE WIRTSCHAFTSKRISE RUSSLAND IN WIRTSCHAFTSBEZOGENEN LÄNDERRANKINGS

■ KOMMENTAR	
Kein Atommüll nach Sibirien	2
Von Jens Siegert, Moskau	
■ KOMMENTAR	
Das Neue ist das Alte, schon lange Vergessene – der Skandal um die Ausfuhr von französischen und deutschen radioaktiven Abfällen nach Russland	3
Von Vladimir Slivjak, Moskau	
■ ANALYSE	
Der Einfluss der Wirtschaftskrise auf das Verhalten der russischen Industrieunternehmen	6
Von Andrei Yakovlev, Moskau	
Umfrage des Lewada-Zentrums unter 752 Unternehmen der verarbeitenden Industrie	9
■ ANALYSE	
Russland in wirtschaftsbezogenen Länderrankings.	
Wirtschaftssystem und Geschäftsumfeld im internationalen Vergleich	12
Von Heiko Pleines, Bremen	
■ DOKUMENTATION	
Wirtschaftsbezogene Länderrankings im Überblick	14
Teil 1: Wirtschaftssystem	15
Teil 2: Geschäftsumfeld	19
Teil 3: Korruption	24
Teil 4: Sozioökonomisches Entwicklungsniveau	26
■ CHRONIK	
Vom 8. bis zum 22. Oktober 2009	28

*Die Russland-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Kommentar**Kein Atommüll nach Sibirien**

Von Jens Siegert, Moskau

Medienöffentlichkeit funktioniert manchmal seltsam, vor allem wenn es um Skandale geht. Seit über fünf Jahren klagen deutsche und russische Umweltschützer und Atomgegner, deutscher Atommüll werde illegal nach Russland exportiert und dort praktisch endgelagert. Die Aktivisten demonstrierten, blockierten und schalteten sogar die Staatsanwaltschaft ein. Doch das öffentliche Echo blieb bescheiden. Der Protest und der Skandal interessierten lediglich die einschlägige Presse wie taz und Frankfurter Rundschau. Und wenn die Tagesschau einmal über die Aktionen in Gronau, bei Aktionärsversammlungen von E.ON oder RWE oder am Hafen von St. Petersburg berichtete, so blieb das folgenlos. Im August dieses Jahres wurden die Atommülltransporte nach Russland eingestellt, weil die Verträge ausgelaufen sind. Und nun wachen plötzlich auch deutsche Medien durch einen Bericht über ähnliche französische Praktiken auf.

Trotz der Einstellung der Transporte mauern die Verantwortlichen bis heute. Ihre Rechtfertigung ist einfach: Es handele sich bei den aus dem westfälischen Gronau über Rotterdam und St. Petersburg nach Sibirien gebrachten Materialien nicht um Müll, sondern um »Wertstoffe«, die nach der Wiederaufarbeitung in Russland zurück nach Gronau gingen, um dort erneut zu Brennstoff für deutsche Atomkraftwerke verarbeitet zu werden. Doch das ist höchstens die halbe Wahrheit. Und eine halbe Wahrheit ist bekanntlich eine Lüge.

Seit 1996 hat die Firma Urenco, die die Urananreicherungsanlage in Gronau betreibt, 27.300 Tonnen radioaktives und hochgiftiges Uranhexafluorid nach Sibirien transportieren lassen. Doch nur 10 bis 15 Prozent des Materials kamen wieder nach Gronau zurück. Der Rest, sogenanntes »abgereichertes« Uran, das als Brennstoff nicht mehr verwendet werden kann, wird in Sewersk (bei Tomsk) und Angarsk (in der Nähe von Irkutsk) in Fässern unter freiem Himmel gelagert. Dass sei, so Urenco, bei Anreicherungsverträgen so üblich. Sowohl Urenco als auch der staatliche russische Atomkonzern Rosatom behaupten, das abgereicherte Uran lagere in Sibirien sicher. Das kann nun aber nach aller Erfahrung mit dem Umgang mit radioaktiven Stoffen in Russland füglich bezweifelt werden. Russische Umweltschützer haben dazu in den vergangenen 20 Jahren eine schier überwältigende Menge an Beweisen gesammelt. Fasst man all diese Informationen zusammen, ist es keine Übertreibung zu behaupten: Es gibt keine sichere Lagerung von Atommüll in Russland.

An vielen Orten in Russland, bevorzugt in Sibirien, wird russischer Atommüll in unzulänglich gesicherten Lagerstätten aufbewahrt. Dort gibt es immer wieder Lecks und radioaktive Stoffe gelangen ins Grundwasser, in Seen und Flüsse, aus deren Unterläufen viele Millionen Menschen ihr Trinkwasser beziehen. Die Ural-Region und Westsibirien, hier liegt Tomsk, leidet zudem

noch immer unter den Folgen der ersten großen und bis heute neben Tschernobyl größten Atomkatastrophe im Atomkombinat Majak nahe Tscheljabinsk im September 1957. Damals explodierte ein Container mit flüssigen Atomabfällen. Wie viele Menschen radioaktiver Strahlung ausgesetzt wurden, ist bis heute nicht genau bekannt. Doch noch immer leben Menschen in verstrahlten Dörfern.

Schon unter den Bedingungen einer aufmerksamen und kritischen Öffentlichkeit wie in Deutschland fällt es Betreibern von Atomanlagen schwer, transparent und das heißt sauber zu arbeiten. Doch verglichen mit Russland sind deutsche Atomanlagen geradezu durchsichtig. Alle russischen Atomanlagen sind in dem staatlichen Konzern Rosatom zusammengeschlossen. Rosatom ist eine sogenannte »Goskorporazija«, ein staatliches Unternehmen, für das die Marktgesetze außer Kraft gesetzt sind und das direkt durch staatlich ernannte Manager geführt wird. Ein großer Teil der Tätigkeit von Rosatom unterliegt zudem der Geheimhaltung, weil unter diesem Dach die sogenannte zivile und die militärische Nutzung von Atomtechnologien vereinigt sind. Der ohnehin eher schwankende Grund einer Trennung in ziviles, sprich »gutes« und militärisches, sprich »schlechtes« Atom fehlt in Russland völlig.

Im Frühjahr dieses Jahres machte der deutsche (private) Atomriese Siemens Schlagzeilen, weil er seine Partnerschaft mit dem französischen (staatlichen) Atomkonzern Areva aufkündigte und mit dem russischen (staatlichen) Atomkonzern Rosatom anbandelte. Es gab einige Aufregung im deutsch-französischen Verhältnis. Andre Glucksmann schäumte im Figaro, »Großdeutschland« träume davon, aus der Krise zu kommen, indem es »Großrussland« auf eigene Faust modernisieren helfe. Die Verhältnisse schienen zerrüttet. Doch der Atommüllskandal zeigt, dass beim gemeinsamen Geldverdienen die Feindschaft aufhört. Es gibt eine interna-

tionale Vernetzung der Atomindustrie und Russland mit seinen enormen Potentialen, seiner geringen Transparenz und seiner großen ökologischen Unverantwortlichkeit ist ein begehrter Partner, um den allseits angesammelten Dreck loszuwerden. Möglichst billig.

Russische und deutsche Umweltschützer fordern, Urenco müsse sich seiner Verantwortung stellen und

das in Russland verbliebene Uranhexafluorid zurück transportieren lassen. Das wird teuer, aber das ist der Preis, der in Deutschland für das Weiterbetreiben von Atomanlagen gezahlt werden muss. Eine Endlagerung von Atommüll kann auch durch noch so sophistische Begründungen weder rechtlich noch ethisch gerechtfertigt werden.

Über den Autor

Jens Siegert ist Leiter des Länderbüros Russland der Heinrich Böll Stiftung in Moskau. Zuvor arbeitete er zehn Jahre in Moskau als Korrespondent für deutschsprachige Printmedien und Radiosender.

Kommentar

Das Neue ist das Alte, schon lange Vergessene – der Skandal um die Ausfuhr von französischen und deutschen radioaktiven Abfällen nach Russland

Von Vladimir Slivjak, Moskau

In der vergangenen Woche schlug der Skandal um den Transport von radioaktiven Abfällen nach Russland in den französischen und deutschen Massenmedien hohe Wellen. In Frankreich wurde ein Dokumentarfilm gezeigt, in den Zeitungen erschienen Artikel darüber, dass die französischen Abfälle, die bei der Bearbeitung von Uran entstehen (sogenannte Uran-»Tails« bzw. Uranhexafluorid) nach Toms-7 in das Sibirische Chemische Kombinat (SChK) befördert werden. Dort lagern sie unter freiem Himmel in rostigen Containern – und das ist die traurige Wahrheit; dieses prangern Naturschützer schon seit fast fünf Jahren an, aber irgendwie haben die französischen Massenmedien erst jetzt beschlossen, daraus eine »Sensation« zu machen.

Im Unterschied zu Frankreich haben die deutschen Massenmedien über dieses schmutzige Geschäft in den letzten Jahren kontinuierlich berichtet, denn russische und deutsche Naturschützer führen schon seit einigen Jahren eine aktive Kampagne gegen die Transporte von Uranabfällen nach Russland. Während in Frankreich die Firma EURODIF die Transporte nach Russland durchführt, werden die deutschen Abfälle von einem Unternehmen in Gronau transportiert, das einer deutschen Tochter der Firma URENCO gehört.

In Russland fand der Skandal breiten Widerhall, weil der staatliche Konzern Rosatom, in Sorge um sein Image, versuchte, sich reinzuwaschen, wie auch die Tomscher Behörden. Sie behaupteten unisono, dass keine Abfälle nach Russland transportiert würden, und dass das, was transportiert wird, keine Abfälle seien, sondern unter guten Bedingungen lagere. Dies zeigte ein weiteres Mal, dass die russische Atomindustrie und ihr freundlich gesinnte regionale Beamte es nach wie vor vorziehen,

die Wahrheit zu vertuschen, anstatt an einer Lösung der Probleme zu arbeiten. Die Berichte von Rostechnadzor (der staatlichen Behörde, die die Sicherheit in Industrieobjekten kontrolliert) der letzten fünf Jahre wie z. B. der folgende Auszug aus dem Bericht für 2006 zeigen anschaulich, dass französische und deutsche Massenmedien die Wahrheit berichten und die russischen Beamten lügen: »Die Behälter mit Uranhexafluorid werden bei dem Föderalen Staatlichen Unitären Betrieb »SChK« im Freien gelagert, mit unzureichender rechtlicher Begründung und mit einem hohen Risiko, dass die Behälter undicht werden«. Dieser Satz, der die Gefahr eines Austretens von toxischen und radioaktiven Abfällen aus den Behältern bestätigt, wird in jedem Jahresbericht seit mindestens fünf Jahren wiederholt.

Kehren wir zum europäischen Skandal zurück: Erstaunlich daran ist nur eines, nämlich, dass die Massenmedien zweier benachbarter Staaten es fertiggebracht haben, diametral entgegengesetzt auf den Transport

von radioaktiven Abfällen nach Russland zu reagieren. Seitdem 2005 die Gruppe »Ekosaschtschita!« (Ecodefense) und einige deutsche Antiatomgruppen eine Kampagne gegen den Transport der Abfälle von Gronau nach Russland begonnen haben, haben die deutschen Massenmedien eine Menge zu diesem Thema publiziert. Im benachbarten Frankreich, wo die Atomindustrie genau das Gleiche tut, war es all die Jahre still um das Thema.

Schon im Jahr 2005 veröffentlichte »Ekosaschtschita!« (Ecodefense) mit Unterstützung der Heinrich Böll Stiftung die Studie »Der Import von Atomabfällen«, in dem zum ersten Mal konkrete Daten zum Import von französischen und deutschen Atomabfällen nach Russland publiziert wurden. Mehr als vier Jahre waren nötig, damit diese Informationen nach Frankreich gelangten!

In der Studie heißt es:

»Es gibt eine weitere Art von radioaktiven Abfällen, die nach Russland importiert wird: die Uran-»Tails«. Vor der Veröffentlichung der Studie der Naturschützer war es praktisch unmöglich, aus öffentlichen Quellen Informationen über den Import von Uran-»Tails« zu erhalten, da die russischen Annahmestellen für radioaktive Abfälle geheime militärische Firmen sind. Dabei ist der Umfang dieser Importe eindrucksvoll. Obwohl die Gesamtmenge der transportierten Abfälle noch unbekannt ist, verfrachtet sowohl URENCO als auch EU-RODIF jährlich 7.000 Tonnen Uran-»Tails« an russische Firmen.

Die Aktionäre von URENCO sind vier Atomfirmen: BNFL (Großbritannien, 33 %), RWE und E.ON (beide Deutschland, 33 %) und Ultra-Centrifuge Nederland N.V. (Niederlande, 33 %). Die Aktionäre von EU-RODIF sind fünf Firmen aus Europa und Iran: Sodeta (Frankreich, 60 %), OEAI (Iran, 10 %), ENUSA (Spanien, 11 %), SYNATOM (Belgien, 11 %) und ENEA (Italien, 8 %).

Die Abfälle kommen in Sewersk (Gebiet Tomsk), Angarsk (Gebiet Irkutsk), Selenogorsk (Region Krasnojarsk) und Nowouralsk (Gebiet Swerdlowsk) an [...] Die Bereitschaft von Rosatom, radioaktive Abfälle in den eigenen Betrieben zu lagern, ist notwendige Bedingung für dieses Geschäft. Wenn URENCO und EU-RODIF die radioaktiven Abfälle selber lagern müssten, würden sich ihre Produktionskosten um das Fünffache erhöhen. In der Studie finden sich ähnliche Berechnungen der Wirtschaftlichkeit für die Voranreicherung der »Tails«.

Es muss angemerkt werden, dass Artikel 48 des russischen Naturschutzgesetzes die Einfuhr von radioakti-

ven Abfällen nach Russland und von nuklearem Material für jeglichen Zweck verbietet.

Die äußerst giftigen Abfälle werden in sogenannten Ballonbehältern gelagert; jeder Ballon enthält ungefähr 12,5 Tonnen. Die Ballons sind der Korrosion ausgesetzt. Wenn Uranhexafluorid (UF_6) austritt, kann es Verbrennungen der Haut verursachen; wenn es eingeatmet wird, werden die Lungen geschädigt. Im Fall eines Brandes im Ballonbehälter kann nach 30 bis 60 Minuten eine große Menge von toxischen Abfällen in die Atmosphäre ausgestoßen werden. Wenn ein Ballon undicht wird, kann dies dazu führen, dass die tödliche Konzentration von toxischen Stoffen in der Luft in einem Umkreis von 500 bis 1.000 Metern erhalten bleibt,« bestätigen die Autoren der Studie.

Später stellte sich heraus, dass der Umfang des Importes von radioaktiven Abfällen nach Russland sehr viel größer als zunächst angenommen war. Laut Informationen der deutschen Regierung haben die Firmen RWE, E.ON und URENCO ungefähr 100.000 Tonnen Uran-»Tails« in den Jahren 1996 – 2009 nach Russland exportiert. Die Menge der französischen Uran-»Tails«, die in dieser Zeit nach Russland befördert wurde, ist bis heute geheim.

In den letzten vier Jahren hat »Ekosaschtschita!« zusammen mit Umweltschutzgruppen, die sich der Kampagne angeschlossen haben, in mehreren Ländern aufsehenerregende Aktionen gegen den Import von radioaktiven Abfällen durchgeführt. Dutzende Protestaktionen fanden in St. Petersburg statt, dem Transithafen für Abfallcontainer, die von hier in den Ural und nach Sibirien transportiert werden; es gab Demonstrationen vor der Geschäftsstelle von E.ON in Düsseldorf und den Fabriken von URENCO in mehreren Ländern; darüber hinaus traten russische Umweltschützer bei den parlamentarischen Anhörungen im Europäischen Parlament mit Kritik an dem Export von radioaktiven Abfällen von Deutschland nach Russland auf; außerdem traten sie mehrmals auf den Aktionärsversammlungen von RWE und E.ON auf, die die deutsche Tochter von URENCO besitzen. Im Jahr 2006 gelang es Aktivisten russischer und deutscher Antiatomgruppen, das Werk in Gronau für anderthalb Stunden zu blockieren; in Moskau wurde die deutsche Botschaft für anderthalb Stunden blockiert; im Juni, Juli und Dezember 2006 fanden Protestaktionen gegen die Importe durch URENCO in Tomsk, Jekaterinburg und Irkutsk statt; Aktivisten zeigten URENCO bei der Staatsanwaltschaft Münster an, um den illegalen Atomexport durch URENCO zu unterbinden; in Russland haben Umweltschützer mehrmals Anträge an Staatsanwalt-

schaften verschiedener Ebenen geschickt, haben aber nur formale nichtssagende Antwortschreiben erhalten – trotz des eindeutigen gesetzlichen Verbots des Imports von radioaktiven Abfällen nach Russland!

URENCO hat erklärt, dass der Transport mit radioaktiven Abfällen, der im August 2009 nach Russland geschickt wurde, der letzte gewesen sei. Vorher hatte auch Rosatom die durch Proteste verursachte Einstellung der Transporte erklärt: »... die ständigen Protestaktionen von Umweltschützern mit dem Ziel, das Verbot der Einfuhr von angereichertem Uranhexafluorid nach Russland zu erreichen, haben zu der Entscheidung geführt, den Ankauf und die Einfuhr dieses Stoffes in das Land einzustellen [Anm. d. Ü.: an dieser Stelle ist auch die Übersetzung ›auszusetzen‹ möglich]« (Igor Konyshew, Beamter von Rosatom, im Interview mit dem St. Petersburger Magazin »MM«, Nr. 6, 2008).

Am Samstag [dem 17. Oktober 2009] hat die deutsche »taz«, die in den letzten Jahren die Proteste gegen die Transporte der radioaktiven Abfälle von Deutschland nach Russland aufmerksam verfolgt hat, den Natur-

schützern zu ihrem Teilerfolg gratuliert und einen umfangreichen Kommentar eines Vertreters von »Ekoschtschita!« publiziert. Die russischen Massenmedien werden wohl kaum den Naturschützern zum Erfolg gratulieren; heute ist praktisch keine auflagenstarke Nachrichtenpublikation bereit, Rosatom offen zu kritisieren, da der staatliche Atomkonzern offen von Ministerpräsident und Präsident unterstützt wird.

Zweifelloos hat die »taz« recht – der Erfolg ist nur ein Teilerfolg, da Uran-»Tails« aus Frankreich noch bis 2014 eingeführt werden dürfen. Vielleicht hilft aber der Skandal, der durch die endlich aufgewachten französischen Massenmedien thematisiert worden ist, auch die Abfalltransporte aus diesem Land zu unterbinden. In diesem Fall wäre der Skandal nur im Interesse Russlands.

PS.: Es muss nur noch hinzugefügt werden, dass die Heinrich Böll Stiftung während der mehr als vierjährigen Kampagne gegen den Import von radioaktiven Abfällen nach Russland die Naturschützer unterstützt hat.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Über den Autor

Vladimir Slivjak ist Ko-Vorsitzender der Naturschutzorganisation »Ekoschtschita!« (Ecodefense), Aktivist seit 1998 und Autor von mehr als hundert Artikeln in den Massenmedien sowie einer Reihe von Studien zu Atomenergie und Naturschutz.

Analyse

Der Einfluss der Wirtschaftskrise auf das Verhalten der russischen Industrieunternehmen

Von Andrei Yakovlev, Moskau

Einleitung

Im Auftrag des russischen Wirtschaftsministeriums führte die Moskauer Higher School of Economics in diesem Jahr die zweite Studie zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen der verarbeitenden Industrie durch, an der im Frühjahr 1006 Industrieunternehmen aus 8 Branchen und 44 Regionen Russlands teilnahmen. Nach unseren Erfahrungen der vergangenen Jahre gehen wir davon aus, dass unsere Unternehmensauswahl bezüglich der zentralen Parameter repräsentativ für die russische verarbeitende Industrie ist.

Der Fragebogen beinhaltete eine Reihe von Fragen, die den Einfluss der aktuellen Wirtschaftskrise auf das Unternehmensverhalten betreffen. Zuerst wurden die Unternehmensleiter gebeten, die Folgen der Krise für das eigene Unternehmen einzuschätzen. Anschließend sollten sie beschreiben, welche Maßnahmen ihr Unternehmen in Reaktion auf die Wirtschaftskrise ergriffen hatte. Danach wurden die Unternehmensvertreter gefragt, welche Schritte der staatlichen Wirtschaftspolitik zur Krisenbekämpfung aus ihrer Sicht am effektivsten für ihr Unternehmen und ihre Branche seien. Der folgende Beitrag gibt basierend auf den bereits ausgewerteten Antworten von 752 Fragebögen eine Analyse der Reaktionen und Einschätzungen der Unternehmen bezüglich der Wirtschaftskrise.

Die größten Probleme der Unternehmen

Die Unternehmen wurden gefragt, in welchem Umfang verschiedene Aspekte der staatlichen Regulierung (Steuern, Lizenzen, Zölle etc.) sowie der Zustand der Infrastruktur (Telekommunikation, Verkehr, Stromversorgung etc.) für sie ein Problem darstellen. Insgesamt wurden 19 Faktoren aufgezählt, die auf einer Skala von 1 bis 5 bewertet wurden (entsprechend einer Einschätzung von »das Problem ist für uns kein Hindernis« bis zu »ein ernsthaftes Problem«). Dabei waren beliebig viele Antworten möglich.

Die Antworten zeigen, dass das größte Problem für Unternehmen im Frühjahr 2009 die volkswirtschaftliche Instabilität darstellte. Als »ernsthaftes« bzw. »sehr ernsthaftes« Problem wurde sie von genau zwei Dritteln der Unternehmen genannt. Bemerkenswert ist, dass dieser Faktor von den Unternehmen noch öfter genannt wurde, als die Höhe der Steuern, die traditionell auf dem ersten Platz lag. Hohe Steuern wurden von 52 % der Unternehmen als »ernsthaftes« bzw. »sehr ernsthaftes« Problem eingeschätzt. Weitere Faktoren, die von mehr als einem Drittel der Unternehmen genannt wurden, sind die Verfügbarkeit von Krediten, die Kosten der Kreditaufnahme, Unvorhersagbarkeit der staatlichen Regulierung und der Mangel an qualifizierten Fachkräften. Insgesamt ist festzustellen, dass institutionelle Faktoren im Vergleich zur Infrastruktur weiterhin ein größeres Problem darstellen. Dabei steht die Korruption, die von Massenmedien und Experten viel dis-

kutiert wird, bei den Unternehmen mit 23 % erst auf Platz 8. Einen vollständigen Überblick über die Bewertungen gibt Grafik 1 auf S. 9.

Ein Vergleich der Werte aus diesem Jahr mit den Werten der vorhergehenden Umfrage aus dem Jahr 2005 zeigt einige Veränderungen im russischen Geschäftsklima. Die größten Verschlechterungen zeigen sich bei drei Faktoren. Die volkswirtschaftliche Instabilität wird in diesem Jahr von mehr als doppelt so vielen Unternehmen als ernsthaftes Problem genannt, was einem Anstieg von 29 % auf 66 % der Nennungen entspricht. Die Verfügbarkeit von Krediten und die Kosten der Kreditaufnahme folgen mit einem Zuwachs von 18 Prozentpunkten und 22 Prozentpunkten. Diese Veränderungen sind offensichtlich auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen.

Ernst zu nehmen ist die Verschlechterung bei der Einschätzung der Zollabwicklung, die in der Rangliste der größten Probleme von Platz 15 im Jahr 2005 auf Platz 10 in diesem Jahr gestiegen ist. Diese negative Veränderung kann schwerlich auf die Wirtschaftskrise zurückgeführt werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist dieses Problem mit der ineffizienten Zollregulierung verbunden. Diese Entwicklung ist in der Krise höchst gefährlich. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass Unternehmen, die sich auf Auslandsmärkte orientieren, weiterhin stärker zu Investitionen und Innovationen neigen. Dementsprechend können sie zur Überwindung der Wirtschaftskrise beitragen. Ihre Tätigkeit wird jedoch

durch die wachsenden Probleme in der Zusammenarbeit mit den Zollbehörden beeinträchtigt.

Eine Verbesserung der Einschätzung gab es vor allem bei den Steuerbehörden, im Vergleich zu 2005 hat sich die Zahl der Nennungen fast halbiert. Ebenfalls verbessert hat sich die Einschätzung des Fachkräftemangels, des Rechtssystems und der Sicherheitslage (bezüglich Unterschlagung, Schutzgelderpressung und Terrorismus). Der Rückgang des Fachkräftemangels ist ebenfalls eine direkte Folge der Wirtschaftskrise, die in vielen Regionen und Branchen zu Massenentlassungen und damit zu einer Situationsänderung auf dem Arbeitsmarkt geführt hat. Trotzdem bleibt der Fachkräftemangel eines der zentralen Probleme der Unternehmen.

Folgen der Wirtschaftskrise

Zum Zeitpunkt der Umfrage im Frühjahr 2009 haben nur 6 % der Unternehmen keine Folgen der Wirtschaftskrise gespürt. Als schwerste Folgen der Wirtschaftskrise wurden von den übrigen Unternehmen der Nachfragerückgang nach der eigenen Produktion (52 %), Zahlungsausfälle seitens der Abnehmer (48 %) und steigende Kosten der Kreditaufnahme (44 %) genannt. Etwas weniger bedeutende Folgen sind aus Sicht der Unternehmen gestiegene Ansprüche der Banken bezüglich Sicherheiten, Forderungen nach Vorauszahlungen durch Zulieferer und Verkürzungen der Laufzeiten von Krediten. Diese Probleme werden von 31 % bis 38 % der Unternehmen als brennende Probleme genannt. Einen Überblick über die Ergebnisse gibt Grafik 2 auf S. 10.

Die Gefahr einer Insolvenz wird von 20 % der Unternehmen als akutes Problem genannt. Dies stimmt mit den Aussagen der Unternehmen zu ihrer Finanzlage überein. Entgegen den verbreiteten pessimistischen Einschätzungen bezeichneten 23 % der Unternehmen ihre Finanzlage als gut, 60 % als befriedigend und nur 17 % als schlecht. Gleichzeitig erklärten trotz der Krise ein Drittel der Unternehmen ihre Absicht, in den kommenden zwölf Monaten größere Investitionen tätigen zu wollen.

Wir können feststellen, dass die Wirtschaftskrise besonders schwere Folgen für die Unternehmen der Textilindustrie sowie der Metallindustrie und der metallverarbeitenden Industrie hat. Am wenigsten betroffen sind Unternehmen der Nahrungsmittelindustrie. Ebenfalls auffällig ist, dass große Unternehmen (mit mehr als 1.000 Beschäftigten) stärker von der Krise betroffen sind. Dies könnte damit zusammenhängen, dass mittelständische Unternehmen deutlich weniger bei Banken verschuldet sind, da sie sich vorrangig mit Eigenkapital finanziert haben. Außerdem zeigt sich, dass Unternehmen mit einem größeren Engagement im Bereich For-

schung und Entwicklung, mit größeren Investitionen in den letzten vier Jahren und mit einem größeren Exportanteil von der Krise stärker getroffen wurden.

Reaktionen auf die Wirtschaftskrise

Die Unternehmen der verarbeitenden Industrie reagieren auf die Krise konservativ. Die häufigsten Reaktionen sind Verzögerungen bei der Bezahlung von Zulieferern (47 %), Einführung von Teilzeitarbeit und unbezahltem Urlaub (46 %), Reduzierung der Produktion und Verschiebung von Investitionsprojekten (je 44 %). Gleichzeitig versuchen jedoch 41 % der Unternehmen neue Absatzmärkte zu erschließen. Ein Drittel der Unternehmen reduziert seine Verkaufspreise, während gleichzeitig ein Viertel der Firmen mit Preissteigerungen auf die Krise reagiert. Nur eine sehr begrenzte Anzahl von Unternehmen, nämlich 13 %, sucht staatliche Hilfe. Dies sind allerdings im Wesentlichen Großunternehmen. Nur für 5 % ist der Verkauf von Aktiva eine Option. Einen Überblick über die Ergebnisse gibt Grafik 3 auf S. 10.

Es zeigt sich, dass eine aktive Adaptionstrategie, die auf die Erschließung neuer Absatzmärkte setzt, vor allem für größere Unternehmen typisch ist, die in Forschung und Entwicklung investieren und in mittelgroßen Städten in Regionen mit mittlerem Investitionspotenzial beheimatet sind.

Noch ein interessanter Aspekt der Reaktionen der Unternehmen auf die Wirtschaftskrise ist ihre Preispolitik. Die Unternehmen aus der chemischen Industrie, der Nahrungsmittelindustrie und der Textilindustrie neigen zu Preiserhöhungen. In allen anderen Branchen, insbesondere in der Holzverarbeitenden Industrie und der Metallindustrie, reagierte die Mehrheit der Unternehmen hingegen mit Preissenkungen. Preissenkungen nahmen außerdem vor allem exportorientierte Firmen und Firmen ohne Staatsaufträge vor. Preissteigerungen hingegen wurden vor allem von Unternehmen mit Staatsbeteiligung bzw. mit schlechter Finanzlage sowie aus Regionen mit überdurchschnittlichem Investitionspotential ergriffen.

Erwartungen an die Regierung

Die erfolgreiche Anpassung der Unternehmen an die geänderten Wirtschaftsbedingungen hängt nicht unwesentlich davon ab, inwieweit die staatliche Wirtschaftspolitik den Anforderungen der Unternehmen gerecht wird. Daher sollten bei der Politikplanung die Erwartungen der Unternehmer berücksichtigt werden.

Auf dem ersten Platz der Wunschliste staatlicher Maßnahmen stehen bei drei Viertel der Unternehmen

Steuerentlastungen. Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass sich in allen Ländern der Welt insbesondere in Krisenzeiten die Mehrheit der Unternehmen für Steuerentlastungen ausspricht. Spezifischer für Russland ist in diesem Zusammenhang, dass mehr als die Hälfte der Unternehmen einen Verzicht auf Tarifierhöhungen durch die natürlichen Monopole (wie Erdgas und Eisenbahn) fordert und jeweils ein Drittel die Stabilisierung des Wechselkurses des Rubel und die Sicherung eines stabilen Bankensystems mit größerer Kreditvergabe als entscheidenden Faktor für ungestörte Unternehmenstätigkeit nennt. Einen Überblick über die Ergebnisse gibt Grafik 4 auf S. 11.

Die natürlichen Monopole stehen weiterhin in erheblichem Umfang unter staatlicher Kontrolle und ihre Preispolitik wird staatlich koordiniert. Einerseits tragen sie mit ihren Steuerzahlungen wesentlich zum Staatshaushalt bei und gehören zu den großen Investoren in der Wirtschaft und damit auch zu den Auftraggebern für die verarbeitende Industrie. Ihre Investitionsprogramme werden von den natürlichen Monopolen hauptsächlich über Tarifierhöhungen finanziert. Diese Tarifierhöhungen führen aber andererseits zu wachsenden Produktionskosten bei den Unternehmen und beschleunigen auf diese Weise die Inflation und den Abwertungsdruck auf den Rubel. Dies führt zu steigenden Zinssätzen und reduziert das Kreditangebot. Diese Faktoren hemmen die Entwicklung der Unternehmen. Dementsprechend steht die Wirtschaftspolitik jetzt vor der Herausforderung bei der Steuerung der natürlichen Monopole klare Prioritäten zu entwickeln.

Gleichzeitig fällt auf, dass nur sehr wenige Unternehmen eine verstärkte Rolle des Staates als Eigentümer (5 %) oder als Organisator einer gegenseitigen Verrechnung von Unternehmensschulden (6 %) für notwendig halten. Die meisten Unternehmer erwarten vom Staat auch keine weiteren Maßnahmen zur Regulierung des Arbeitsmarktes.

Interessant ist noch, welche Erwartungen speziell aktive Unternehmen an die staatliche Wirtschaftspolitik haben. Zu den aktiven Unternehmen zählen wir Exportunternehmen, Investoren und außerdem die Unternehmen, die als Reaktion auf die Krise die Erschließung neuer Märkte gewählt haben. Alle aktiven Unternehmen wählten als erste zwei Wünsche an die Wirtschaftspo-

litik Steuerentlastungen und ein Einfrieren der Tarife der natürlichen Monopole. Außerdem halten sie im Gegensatz zu den anderen Unternehmen die Sicherung eines stabilen Bankensystems und die bessere Verfügbarkeit von Krediten für wichtig und nennen weniger häufig die Stabilisierung des Rubels. Außerdem votieren sie eher für einen Schutz des Binnenmarktes durch Importbeschränkungen und setzen weniger auf eine Ausweitung der Staatsaufträge.

Vorläufige Schlussfolgerungen

Die Studie zeigt, dass die Unternehmen selbst ihre Lage in der Wirtschaftskrise viel positiver einschätzen als dies in den volkswirtschaftlichen Daten über wachsende Arbeitslosigkeit, Zahlungsausfälle und Verschuldung dargestellt wird.

Dies liegt natürlich zum Teil daran, dass bei unserer Studie unabhängig von ihrer Größe alle Unternehmen gleichgewichtet eingehen. Große Unternehmen leiden aber in Russland, wie auch unsere Studie bestätigt, viel stärker unter der Krise. Und die großen Unternehmen haben logischerweise einen größeren Einfluss auf die volkswirtschaftlichen Kennzahlen. Obwohl große Unternehmen (mit über 1.000 Beschäftigten) in unserer Studie nur einen Anteil von 13 % haben, beträgt z. B. ihr Anteil an der Beschäftigung aller Arbeitskräfte der Unternehmen, die in der Studie teilgenommen haben, knapp über 50 %. Dies entspricht den Relationen in der russischen Gesamtwirtschaft. Hinzu kommt, dass in unserer Studie Unternehmen, die sich bereits in oder auch kurz vor Konkursverfahren befinden, nicht erfasst wurden, so dass die Unternehmen in einer relativ besseren Lage überrepräsentiert sind.

Es ist aber auf jeden Fall ein positives Zeichen für die weitere Entwicklung der russischen Wirtschaft, dass selbst unter Berücksichtigung der oben genannten Verzerrungen eine positive bis neutrale Einschätzung der eigenen Finanzlage überwiegt und bei den meisten Unternehmen (einschließlich der Großunternehmen) Investitionspläne für die Zeit bis zum nächsten Frühjahr vorhanden sind. Dies zeigt, dass auf der Unternehmensebene Potential für erneutes Wirtschaftswachstum vorhanden ist. Die Realisierung dieses Potentials muss durch die Wirtschaftspolitik stimuliert werden.

Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines

(Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.)

Über den Autor

Dr. Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten der Higher School of Economics in Moskau.

Der vorliegende Beitrag basiert auf den Ergebnissen einer von der Higher School of Economics für das Wirtschaftsministerium durchgeführten wissenschaftlichen Studie (Themenkürzel 0402-19-08). Die Unternehmensbefragung wurde vom Lewada-Zentrum durchgeführt. An der Umfrage nahmen insgesamt 1006 Unternehmen teil. Bisher konnten allerdings erst 752 Fragebögen ausgewertet werden. Die befragten Unternehmen kommen aus 8 Branchen und 44 Regionen der Russischen Föderation: Nahrungsmittelindustrie; Textil- und Bekleidungsindustrie; Holzindustrie; Chemieindustrie; Metallindustrie; Maschinenbau; Elektroindustrie; Optik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik; Fahrzeugbau.

Lesetipp

Die Ergebnisse der ersten Studie von 2005, die gemeinsam mit der Weltbank durchgeführt wurde, sind u. a. veröffentlicht worden in:

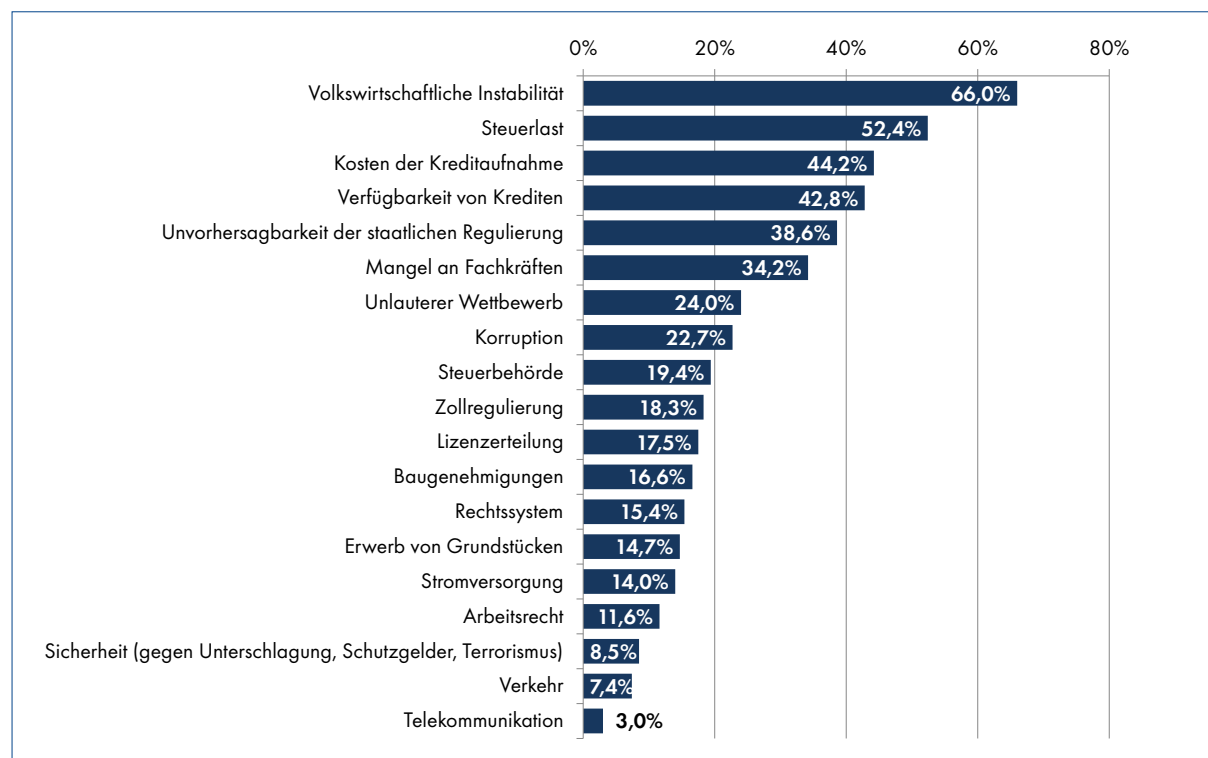
- »Enhancing Russia's Competitiveness and Innovative Capacity« (edited by R. Desai and I. Goldberg) World Bank 2007.
- V. Golikova, K. Gonchar, B. Kuznetsov, A. Yakovlev: Rossiiskaya promyshlennost na perepute, in: Voprosy ekonomiki 3/2007, S. 4–34.
- K. Gonchar, B. Kuznetsov (Hg.): Rossiiskaya promyshlennost na etape rosta. Faktory konkurentosposobnosti firm, Moskau, Verlag Verschina 2008.

Tabellen und Grafiken zum Text

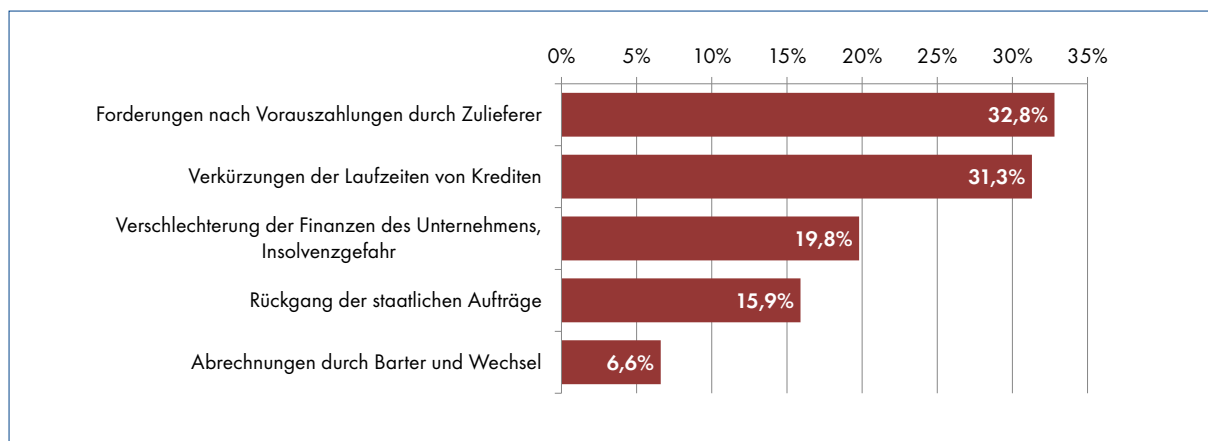
Umfrage des Lewada-Zentrums unter 752 Unternehmen der verarbeitenden Industrie

(Februar bis Mai 2009, durchgeführt im Auftrag der Higher School of Economics)

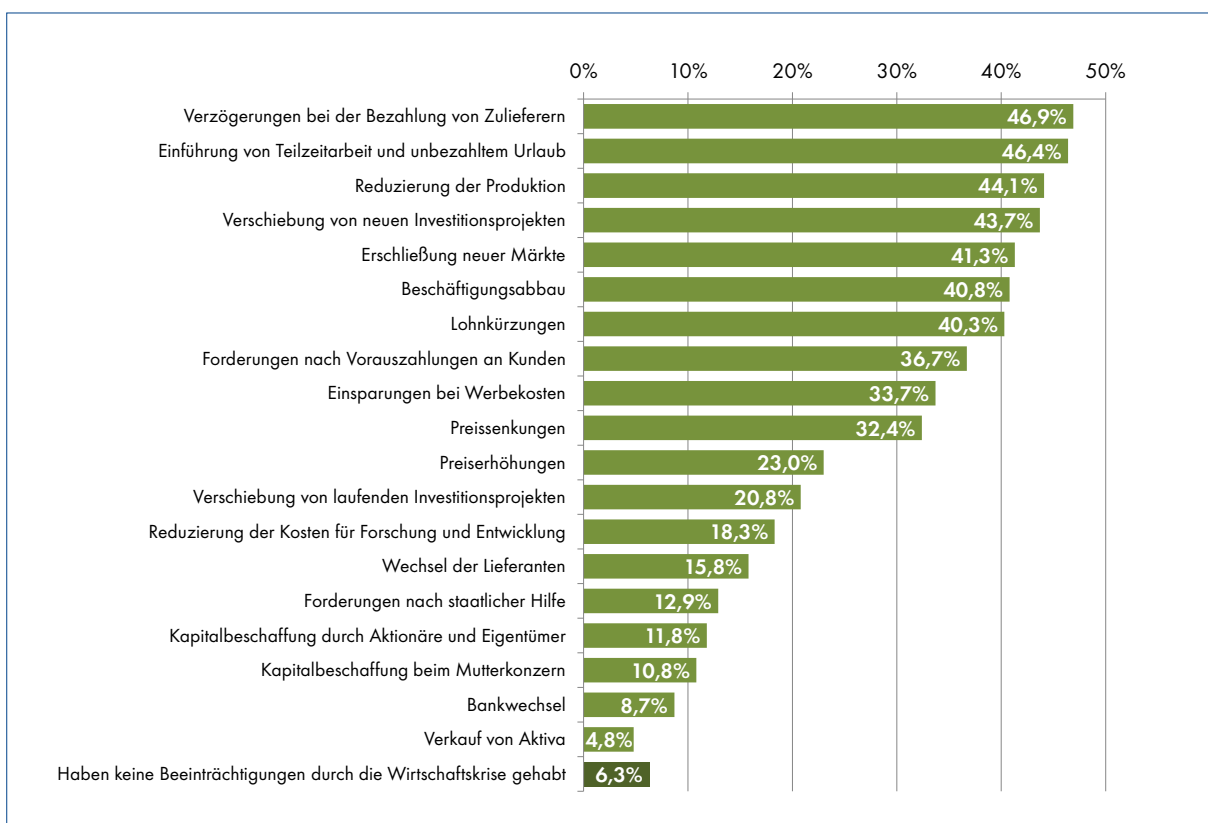
Grafik 1: Ernsthafte Probleme der Unternehmen (Mehrfachnennungen möglich)



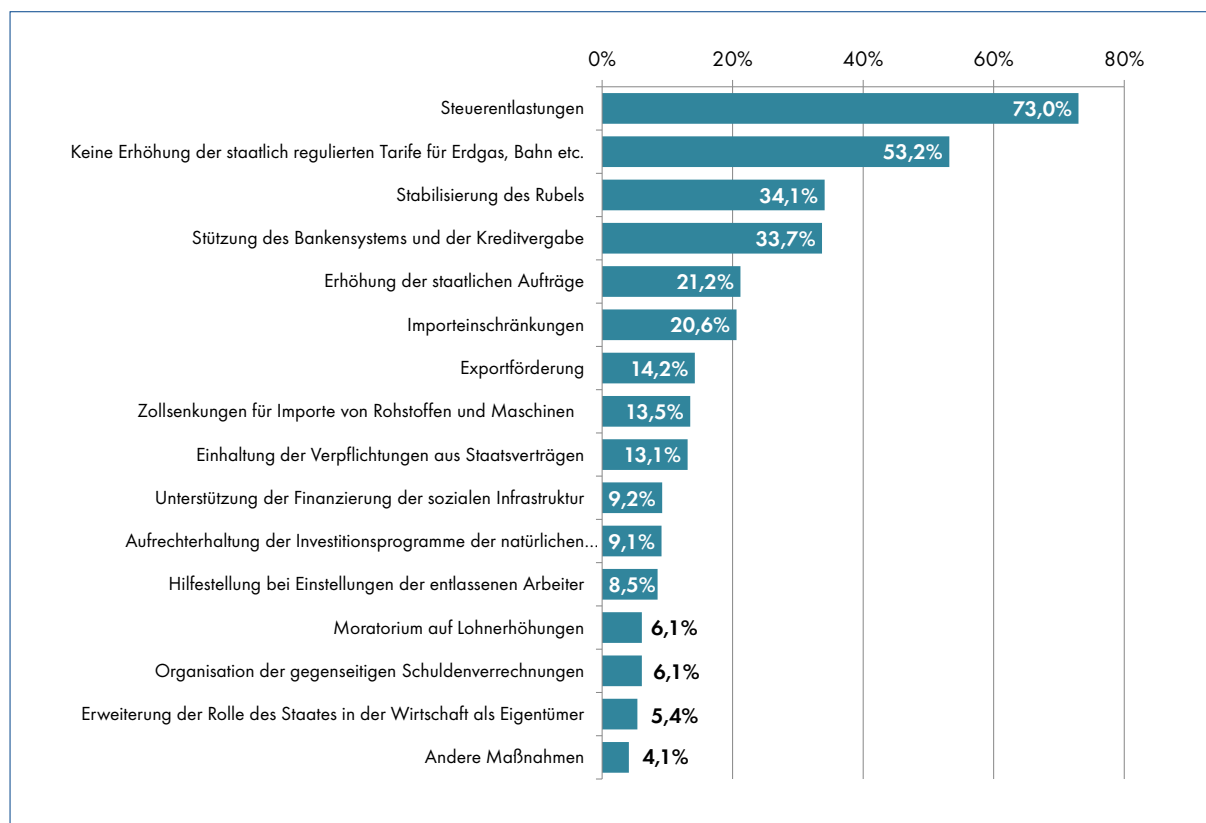
Grafik 2: Zentrale Probleme in Folge der Wirtschaftskrise (Mehrfachnennungen möglich)



Grafik 3: Reaktionen auf die Krise (Mehrfachnennungen möglich)



Grafik 4: Gewünschte wirtschaftspolitische Unterstützungsmaßnahmen (max. 3 Nennungen)



Analyse

Russland in wirtschaftsbezogenen Länderrankings. Wirtschaftssystem und Geschäftsumfeld im internationalen Vergleich

Von Heiko Pleines, Bremen

Zusammenfassung

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von wirtschaftsbezogenen Länderrankings. Hier wird nun untersucht, wie Russland in diesen Rankings abschneidet. Zu beachten ist, dass die Aussagekraft der Rankings aufgrund methodischer Probleme eingeschränkt ist.

Einleitung

Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von wirtschaftsbezogenen Länderrankings. Neben der allgemeinen Einschätzung des Wirtschaftssystems bezüglich Liberalität und Wettbewerbsfähigkeit dominiert dabei eine Bewertung des Geschäftsumfeldes, das als wichtige Voraussetzung für Investitionen und damit für Wirtschaftswachstum gesehen wird. Einen entwicklungspolitischen Hintergrund hat hingegen die Bewertung des sozioökonomischen Entwicklungsstandes. Zusammengefasst bewerten diese Rankings zentrale Aspekte der Wirtschaftsentwicklung der jeweiligen Länder.

Der Bezugspunkt fast aller Rankings ist dabei das neoliberale Wirtschaftsmodell der freien Marktwirtschaft. Damit beziehen sich die Bewertungen auf Ideale wie freien und fairen Wettbewerb, Verzicht auf Staatsinterventionismus sowie solide Staatsfinanzen. Gemessen wird, wie nah eine Volkswirtschaft diesen Idealen kommt. In methodisch meist etwas fragwürdigen Analysen zeigen viele Ersteller von Rankings dann auch, dass Länder, die bei ihnen ein gutes Ranking erreichen, sich auch wirtschaftlich besser entwickeln.

Bei den wirtschaftsbezogenen Rankings wird neben Experteneinschätzungen auch auf statistische Daten zurückgegriffen. Der Human Development Index der UNO zum Beispiel bezieht ausschließlich statistische Kennzahlen ein. Die Worldwide Governance Indicators der Weltbank hingegen beruhen ausschließlich auf Experteneinschätzungen. Die Mehrzahl der hier vorgestellten Rankings kombiniert statistische Daten und Expertenmeinungen. Dabei wird der Index in relevante Teilbereiche zerlegt und für jeden Teilbereich werden geeignete Indikatoren ausgewählt. In Teilbereichen, die nicht oder nicht vollständig über harte Zahlen erfasst werden können, wird auf Expertenbefragungen zurückgegriffen. Ein Sonderfall ist das »Ease of Doing Business«-Ranking der Weltbank, das weltweit für mittelständische Unternehmen den durch staatliche Bürokratie verursachten Aufwand für typische Unternehmenstätigkeiten erhebt (gemessen vor allem in Geld, Zeit und Zahl der Verwaltungsakte).

Zu beachten ist, dass viele Rankings ihre Bewertung auch rückwirkend ändern. So hat z. B. die Weltbank im Jahr 2009 die Erhebungsmethode für das »Ease of Doing Business«-Ranking überarbeitet und deshalb auch die Werte für das Vorjahr noch einmal neu berechnet. Auch die Werte des Index of Economic Freedom wurden rückwirkend geändert. Bei der Interpretation der Zahlen ist außerdem wichtig, dass sich die Jahreszahl des Rankings nicht auf das Erhebungsjahr bezieht. Das »Ease of Doing Business«-Ranking 2010 wurde so bereits im September 2009 veröffentlicht und bezieht sich auf den Zeitraum von Juni 2008 bis Mai 2009.

Bei allen Rankings haben die Ersteller erheblichen Einfluss auf die Ergebnisse. Auch wenn es ihnen unter Umständen nicht bewusst ist, beeinflusst sowohl die Auswahl der zu bewertenden Teilbereiche als auch die Wahl der zu verwendenden Indikatoren das Ergebnis erheblich.

Insgesamt gibt es vier zentrale Kritikpunkte an den wirtschaftsbezogenen Länderrankings. Der erste Kritikpunkt betrifft die Subjektivität der Experteneinschätzungen, der zweite die Unzuverlässigkeit vieler nationaler Statistiken. Der dritte Kritikpunkt bezieht sich auf die Vergleichbarkeit der Daten zwischen verschiedenen Ländern. Die jeweiligen Experten kennen meist nur das Land, zu dem sie befragt werden, und haben deshalb keine vergleichende Perspektive. Dieselben statistischen Kennzahlen werden in unterschiedlichen Ländern nach unterschiedlichen Kriterien und Methoden erstellt und sind deshalb ebenfalls nicht immer direkt vergleichbar. Viertens ist die Indexkonstruktion ein Anlass zu Kritik. Oft werden ausgehend von vergleichsweise wenigen Indikatoren sehr weitreichende Urteile gefällt. Sowohl die Auswahl als auch die Gewichtung der einzelnen Indikatoren haben zwingend eine subjektive Komponente und können die Ergebnisse erheblich beeinflussen.

Die Rankings bewerten also nicht einfach nur Fakten. Sie propagieren auch bestimmte Bereiche als wichtig und andere als weniger wichtig. Der Arbeitsmarkt wurde so z. B. erst 2005 in den Index of Economic Freedom aufgenommen. Gleichzeitig versuchen die Ersteller

der Rankings mit ihren Ergebnissen öffentliche Debatten zu beeinflussen.

Wolfgang Ochel und Oliver Röhn stellen zusammenfassend in einer Analyse indikatorenbasierter Länderrankings in der Zeitschrift *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* fest: »Internationale Länderrankings finden in der Öffentlichkeit wegen der Verdichtung komplexer Zusammenhänge auf einfache Positionsangaben großes Interesse. Ihr Nutzen für die Standortentscheidungen von Unternehmen als auch für die nationale Wirtschaftspolitik hängt davon ab, ob die Erstellung der Rankings hinreichend theoretisch und empirisch fundiert ist und die wachstumsrelevanten Determinanten adäquat erfasst werden. Dies ist bei den hier vorgestellten Rankings [...] nur unzureichend der Fall. Die Ableitung der Wachstumsdeterminanten ist methodisch unbefriedigend, die Qualität der Befragungsergebnisse lässt zu wünschen übrig und die Gewichtung der Kennzahlen erfolgt weitgehend willkürlich. Die Prognosefähigkeit der Indizes in Bezug auf das Wirtschaftswachstum von Volkswirtschaften ist bisher noch wenig erforscht. Erste Ansätze [...] zeigen wenig Erfolg. [...] Somit ist der Nutzen der Rankings z. Z. klein.«

Trotz aller Kritik spielen die Rankings eine wichtige Rolle in Politik, Wirtschaft und Medien. Wenn sie auch nicht immer die reale Lage der jeweiligen Volkswirtschaft eindeutig bewerten, so geben sie doch eine gewisse Orientierungsgröße und bestimmen dadurch gleichzeitig das Image des jeweiligen Landes mit. Ausgehend von dieser kritischen Einschätzung der Rankings sollen im Folgenden einige grundlegende Aspekte der Bewertung Russlands in den entsprechenden wirtschaftsbezogenen Länderrankings vorgestellt werden.

Wirtschaftssystem und Geschäftsumfeld

Während Russland im Demokratietest der politikbezogenen Rankings eindeutig der Schlussgruppe zugeordnet wird, zeichnen die wirtschaftsbezogenen Rankings ein gemischtes Bild. Im Global Competitiveness Index liegt Russland so 2009 im GUS-Vergleich auf den vorderen Plätzen und auch vor dem EU-Mitgliedsland Rumänien. Im globalen Vergleich liegt das Land auf Platz 63 von 133 im Mittelfeld. Im Index of Economic Freedom hingegen liegt Russland derzeit auf Platz 146 (von 183 Ländern) im Schlussbereich. Im »Ease of Doing Business«-Ranking der Weltbank liegt Russland aktuell auf

Platz 120 (von 183 Ländern) und damit deutlich hinter GUS-Staaten wie Belarus (Platz 58) oder Kasachstan (Platz 63). Bei den Worldwide Governance Indicators der Weltbank liegt Russland im Bereich staatliche Regulierung von Geschäftstätigkeit gemeinsam mit Ländern wie Kasachstan, Ukraine oder China im unteren Mittelfeld, deutlich vor z. B. Belarus.

Die unterschiedlichen Bewertungen im globalen Vergleich erklären sich dadurch, dass in den verschiedenen Rankings unterschiedliche Aspekte von Wirtschaftssystem und Geschäftsumfeld mit unterschiedlichen Methoden gemessen werden. Die Rankings sind sich jedoch weitestgehend einig, dass seit dem Amtsantritt von Wladimir Putin als Präsident im Jahre 2000 keine wesentliche Verbesserung stattgefunden hat.

Korruption

Diese Einschätzung wird auch von Rankings zur Korruption bestätigt, die als wesentliches Hindernis für unternehmerische Tätigkeit gesehen wird. Beim Corruption Perception Index liegt Russland seit der ersten Bewertung von 1998 auf einer Skala von 0 für extrem korrupt bis 10 für nicht korrupt immer im Bereich zwischen 2,1 und 2,8. Im aktuellen Ranking entspricht das Platz 147 von 180 Ländern. Bei dem Indikator Korruptionskontrolle der Worldwide Governance Indicators der Weltbank ist die Schwankungsbreite zwar etwas größer aber auch hier ist seit 1996 keine Entwicklungsrichtung erkennbar. Auch hier liegt Russland in der Schlussgruppe, deutlich hinter z. B. China.

Sozioökonomische Entwicklung

Während die bisher vorgestellten Rankings sich alle vorrangig auf Faktoren beziehen, die von den nationalen Regierungen zumindest indirekt verantwortet werden, erfasst der Human Development Index (HDI) des United Nations Development Program langfristige Entwicklungen, die sich im Verlauf einer Regierungszeit nur geringfügig verändern lassen. Während die vorherigen Indizes also einen Rückschluss auf die wirtschaftspolitische Leistung einer Regierung zulassen, bezieht sich der HDI eher auf die Leistung einer Generation. Dem entsprechend ist es nicht verwunderlich, dass Russland hier mit den postsowjetischen Nachbarländern ungefähr gleichauf liegt.

Über den Autor

Dr. Heiko Pleines ist Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Im Text zitierte Literatur

W. Ochel, O. Röhn: Indikatorenbasierte Länderrankings, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 2/2008 (Jg. 9), S. 226–251.

Dokumentation

Wirtschaftsbezogene Länderrankings im Überblick

Zusammengestellt von Jan Arend, Judith Janiszewski, Florian Munder und Heiko Pleines

Index of Economic Freedom	15
Global Competitiveness Index (GCI)	17
Ease of Doing Business	19
Worldwide Governance Indicators – Regulation	22
Index of Economic Freedom – Business Freedom	23
Corruption Perception Index	24
Worldwide Governance Indicators – Korruptionskontrolle	25
Human Development Index (HDI)	26

Verzeichnis der Grafiken

Grafik 1: Index of Economic Freedom: Indexwerte und Platzierungen 2009	15
Grafik 2: Index of Economic Freedom: 1995–2009	16
Grafik 3: Global Competitiveness Index: Indexwerte und Platzierungen 2009–2010	17
Grafik 4: Global Competitiveness Index: Indexwerte 2006–2009	18
Grafik 5: Ease of Doing Business. Gesamtplatzierungen 2010	19
Grafik 6: Worldwide Governance Indicators – Regulation: 1996–2008	22
Grafik 7: Index of Economic Freedom: Geschäftsumfeld 1995–2009	23
Grafik 8: Corruption Perception Index 2008: Indexwert und Platzierung	24
Grafik 9: Corruption Perception Index 1998–2007	25
Grafik 10: Worldwide Governance Indicators – Korruptionskontrolle: 1996–2008	26
Grafik 11: Human Development Index: Indexwerte und Platzierungen 2007	27
Grafik 12: Human Development Index 1990–2007	27

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Index of Economic Freedom: Einzelwerte 2009	16
Tabelle 2: Global Competitiveness Index: Einzelwerte 2009–2010	18
Tabelle 3: Ease of Doing Business: Einzelwerte 2010	20

Teil 1: Wirtschaftssystem

Index of Economic Freedom

Erstellt von: Heritage Foundation und Wall Street Journal (USA)

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

Erfasste Länder: derzeit 183

Internetadresse: <http://www.heritage.org/Index/Ranking.aspx>

Kurzbeschreibung:

Die Indexbildung ist 2007 überarbeitet worden. Der Index of Economic Freedom bewertet nun jeweils über ausgewählte statistische Indikatoren und Indizes zehn Wirtschaftsbereiche: Geschäftsumfeld (staatliche Regulierung grundlegender unternehmerischer Tätigkeiten), Handel, Steuern, Staatseinmischung (direkte staatliche Wirtschaftsaktivität), Geldpolitik, Investitionen, Banksystem, Eigentumsrechte, Freiheit von Korruption, Arbeitsmarkt. Die Bewertung aller Indikatoren erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die bestmögliche Bewertung darstellt. Der Indexwert wird als einfacher Durchschnitt der zehn Indikatorenwerte gebildet.

Grafik 1: Index of Economic Freedom: Indexwerte und Platzierungen 2009

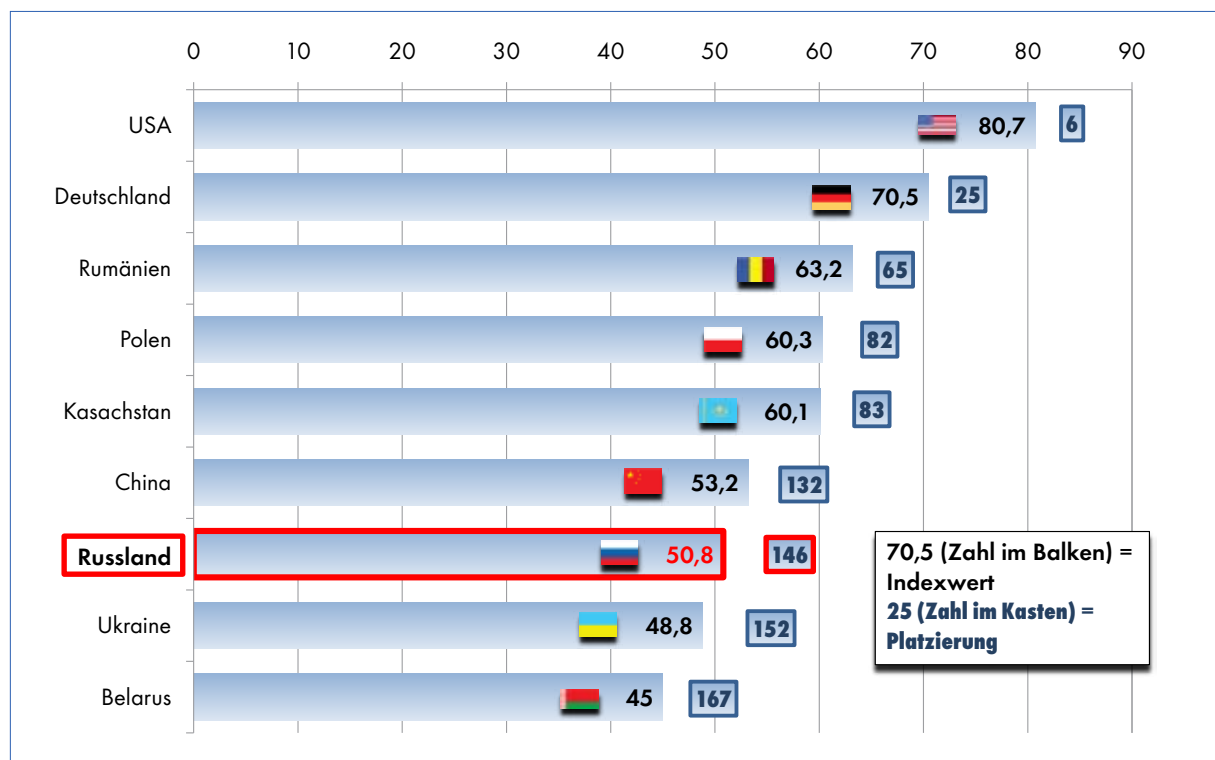
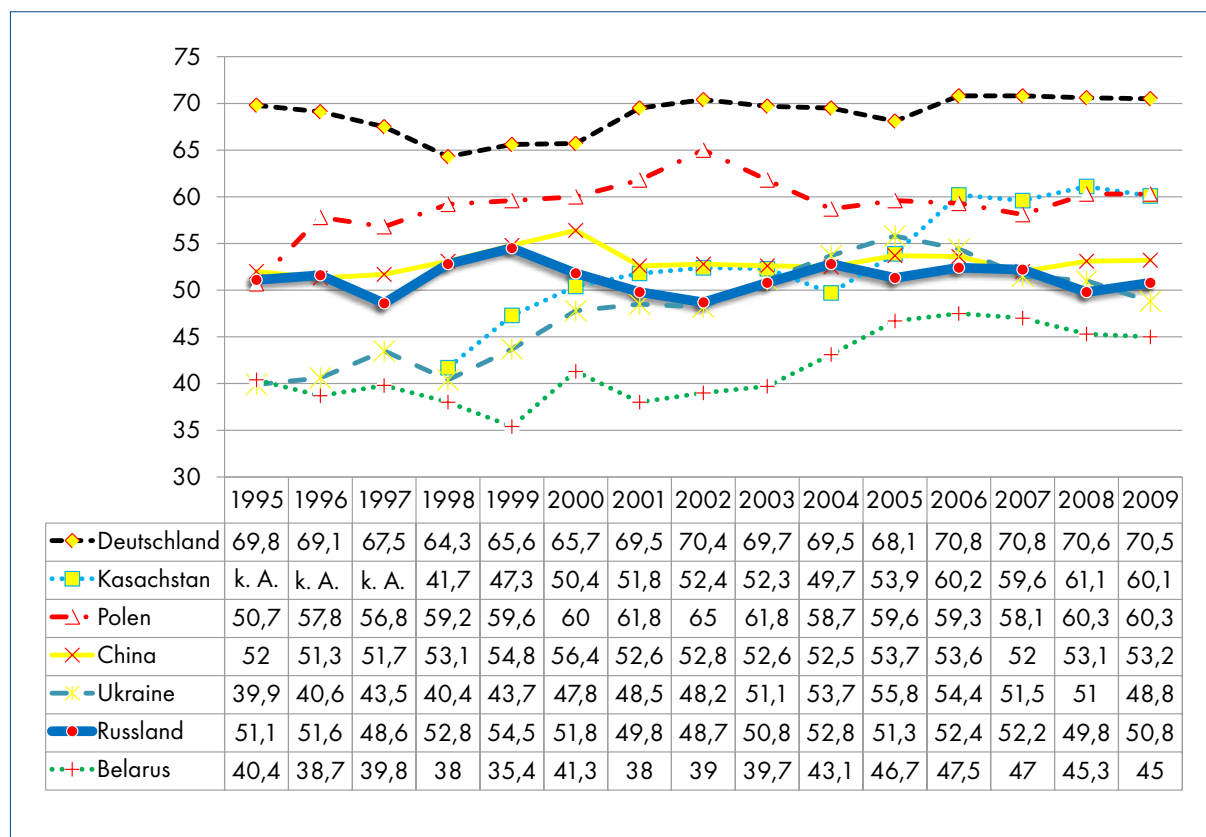


Tabelle 1: Index of Economic Freedom: Einzelwerte 2009

	Deutschland	Polen	Kasachstan	China	Russland	Ukraine	Belarus
Rang	25	82	83	132	146	152	167
Geschäftsumfeld	90,3	53,7	57,9	51,6	54,0	40,5	63,7
Handel	85,8	85,8	86,2	71,4	60,8	84,0	67,2
Steuern	58,5	69,0	82,8	70,6	78,9	77,0	79,4
Staatseinmischung	38,2	42,2	87,5	88,9	70,6	39,0	30,9
Geldpolitik	80,8	80,8	70,0	72,8	65,5	68,1	66,8
Investitionen	80	60	30	30	30	30	20
Banksystem	60	60	60	30	40	40	10
Eigentumsrechte	90	50	25	20	25	30	20
Korruption	78	42	21	35	23	27	21
Arbeitsmarkt	43,4	59,8	80,5	61,8	60,0	52,4	70,8
Gesamtwert	70,5	60,3	60,1	53,2	50,8	48,8	45

Grafik 2: Index of Economic Freedom: 1995–2009



Global Competitiveness Index (GCI)

Erstellt von: World Economic Forum

Seit: 2005 (2001 bis 2004: Growth Competitive Index)

Indexwerte sind jeweils für das erstgenannte Jahr im Titel.

Häufigkeit: jährlich

Erfasste Länder: derzeit 133

Internetadresse: <http://www.weforum.org/en/initiatives/gcp/Global%20Competitiveness%20Report/index.htm>

Kurzbeschreibung:

Der Index basiert auf 90 Indikatoren aus neun Bereichen, die als zentral für Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit gesehen werden: institutionelles Geschäftsumfeld (staatliche Regulierung, Sicherheit, Korruption, Transparenz), Infrastruktur (Transport, Energie, Telekommunikation), volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen, Gesundheit und Bildung, Hochschulwesen und berufliche Weiterbildung, Markteffizienz (staatliche Regulierung, Wettbewerb, Außenhandel, Arbeitsmarkt, Finanzmärkte), Technologieintensität (Aufnahmebereitschaft von Unternehmen, Gesetze, Verbreitung von PCs, Mobilfunk, Internet), Unternehmensführung (Qualität der Organisation zentraler Unternehmensaktivitäten), Innovation (Umfang der Forschung, Gesetze, Patente).

Die Mehrheit der Indikatoren erfasst statistische Daten. Zusätzlich werden jedoch einzelne Indikatoren auch über die Einschätzung von Geschäftsleuten bewertet. Dazu werden in den 125 einbezogenen Ländern insgesamt über 11.000 Geschäftsleute befragt.

Die neun Bereiche des Index werden in drei Subindizes zusammengefasst, die jeweils auf ein bestimmtes wirtschaftliches Entwicklungsstadium Bezug nehmen sollen: Grundlagen, Effizienzverbesserung, Innovationsförderung. Subindizes und Gesamtindex werden als ungewichteter Durchschnitt der jeweils einbezogenen Bereichswerte gebildet.

Grafik 3: Global Competitiveness Index: Indexwerte und Platzierungen 2009–2010

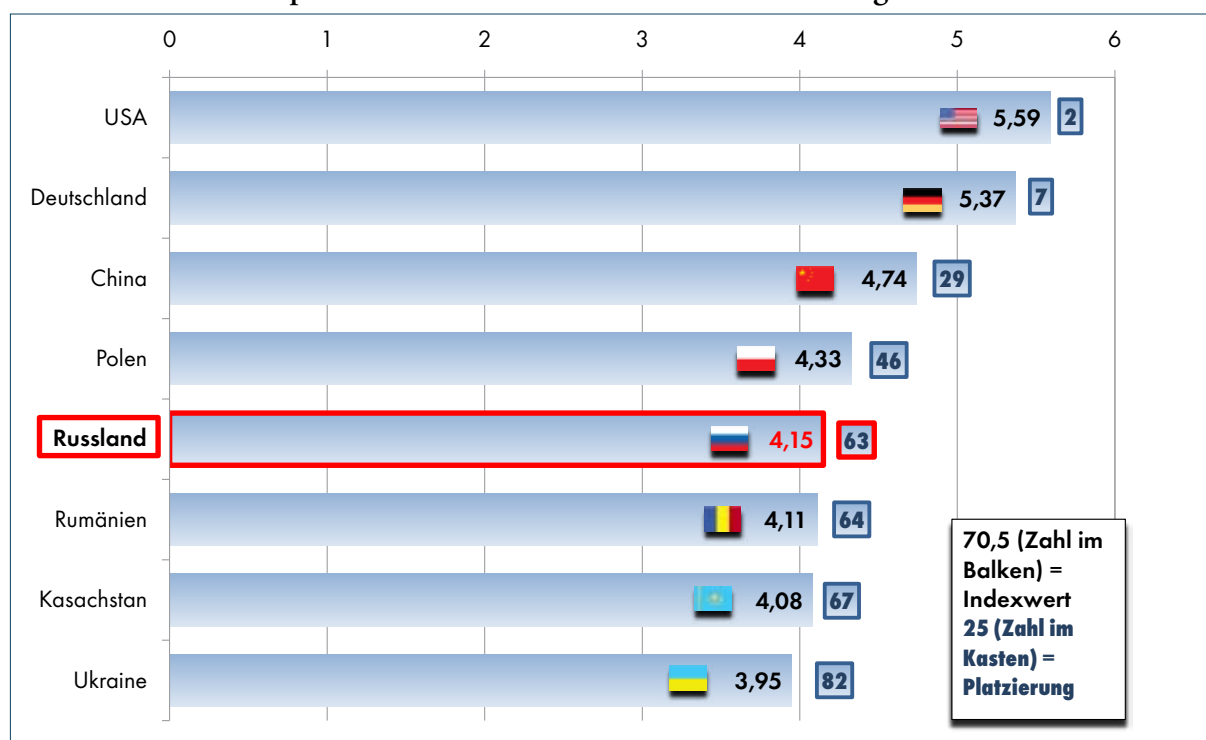
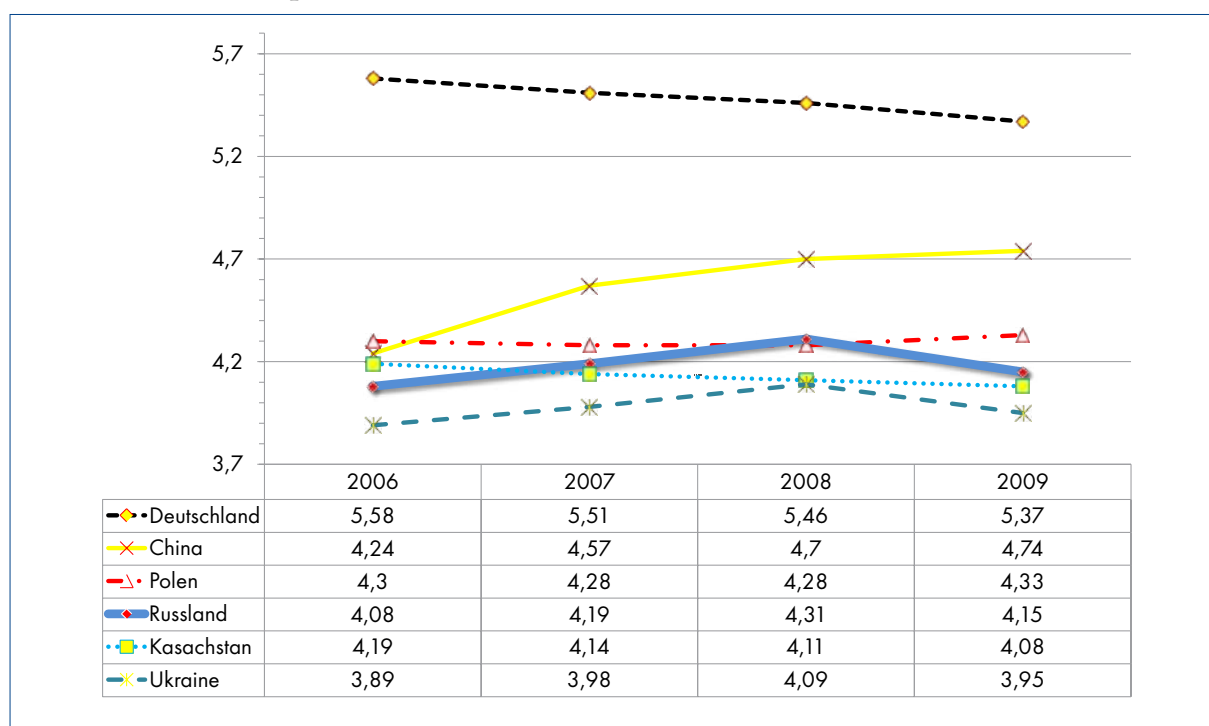


Tabelle 2: Global Competitiveness Index: Einzelwerte 2009–2010

	Deutschland	China	Polen	Russland	Kasachstan	Ukraine
<i>1.Subindex: Grundlagen</i>	5,8	5,1	4,3	4,4	4,3	4,0
Geschäftsumfeld	5,5	4,4	3,9	3,2	3,6	3,1
Infrastruktur	6,6	4,3	2,9	3,6	3,5	3,4
Volkswirtschaft	5,3	5,9	4,6	5,2	4,7	4,0
Gesundheit/Bildung	6,0	5,7	5,9	5,6	5,2	5,4
<i>2.Subindex: Effizienzverbesserung</i>	5,1	4,6	4,6	4,2	4,0	4,0
Hochschulen	5,1	4,1	4,8	4,3	4,1	4,4
Markteffizienz	5,0	4,5	4,3	3,7	4,0	3,7
Arbeitsmarkt	4,3	4,7	4,5	4,7	4,9	4,6
Finanzmarkt	4,7	4,1	4,6	3,3	3,5	3,6
Technologie	5,6	3,4	4,0	3,4	3,5	3,4
Marktgröße	6,0	6,6	5,1	5,8	4,2	4,7
<i>3.Subindex: Innovation</i>	5,5	4,2	3,8	3,5	3,4	3,4
Unternehmensführung	5,8	4,5	4,3	3,6	3,7	3,6
Innovation	5,1	3,9	3,3	3,4	3,1	3,2
<i>Gesamtindex</i>	5,37	4,74	4,33	4,15	4,08	3,95

Grafik 4: Global Competitiveness Index: Indexwerte 2006–2009



Teil 2: Geschäftsumfeld

Ease of Doing Business

Erstellt von: Weltbank

Seit: 2003

Häufigkeit: jährlich

Daten sind jeweils für das Vorjahr.

Erfasste Länder: derzeit 183

Internetadresse <http://www.doingbusiness.org/economyrankings/>

Kurzbeschreibung:

In ihrer Doing Business Datenbank erfasst die Weltbank jedes Jahr die staatliche Regulierung insgesamt 10 verschiedener Geschäftsaktivitäten mit statistischen Kennzahlen bzw. Indizes. Dabei machen mittlerweile insgesamt 8.000 Experten (Anwälte, Consultants, Rechnungsprüfer und Mitarbeiter der staatlichen Wirtschaftsverwaltung) Angaben zur Abwicklung der Aktivitäten eines hypothetischen mittelständischen Durchschnittsunternehmens in der größten Stadt des Landes. Zusätzlich bildet die Weltbank für jede Geschäftsaktivität seit 2005 eine internationale Rangliste und seit 2008 auch eine Rangliste für den Gesamtwert.

Grafik 5: Ease of Doing Business. Gesamtplatzierungen 2010

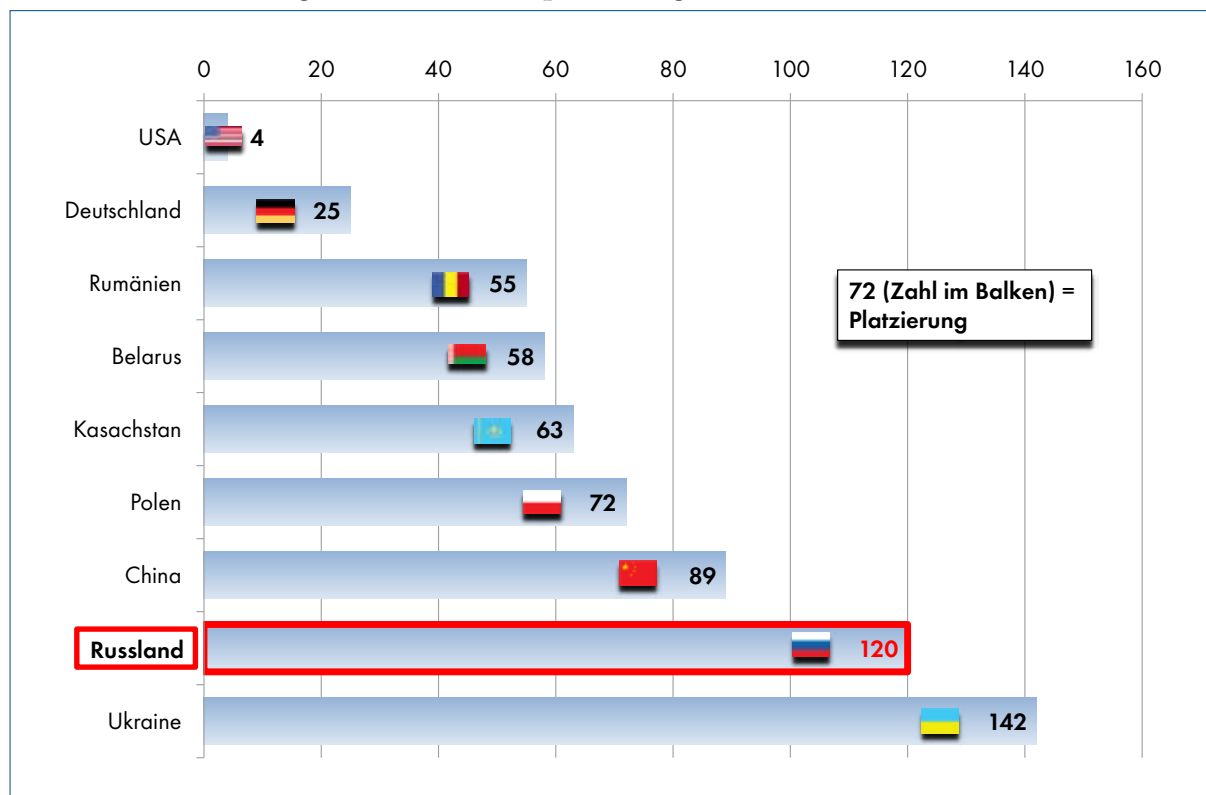


Tabelle 3: Ease of Doing Business: Einzelwerte 2010

Kriterium	Land	Deutsch- land	Belarus	Kasachstan	Polen	China	Russland	Ukraine
Geschäftseröffnung								
Internationale Platzierung		84	7	82	117	151	106	134
Zahl der Verwaltungsakte		9	5	7	6	14	9	10
Dauer in Tagen		18	6	20	32	37	30	27
Kosten (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)		4,7 %	1,7 %	4,8 %	17,9 %	4,9 %	2,7 %	5,8 %
Minimalkapital (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)		0,0 %	0,0 %	13,4 %	15,3 %	130,9 %	1,8 %	153,5 %
Baugenehmigung								
Internationale Platzierung		18	44	143	164	180	182	181
Zahl der Verwaltungsakte		12	15	37	30	37	57	30
Dauer in Tagen		100	161	211	308	336	704	476
Kosten (als Anteil am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen)		60,2 %	35,1 %	119,7 %	124,2 %	579,2 %	2140,7 %	1449,3 %
Angestellte								
Internationale Platzierung		158	32	38	76	140	109	83
Einstellungsindex		33	0	0	11	11	33	33
Arbeitszeitindex		53	13	20	33	33	40	20
Entlassungsindex		40	20	30	30	50	40	40
Flexibilitätsindex		42	11	17	25	31	38	31
Abfindung (in Wochenlöhnen)		69	22	9	13	91	17	13
Eigentum registrieren								
Internationale Platzierung		57	10	31	88	32	45	141
Zahl der Verwaltungsakte		4	3	5	6	4	6	10
Dauer in Tagen		40	18	40	197	29	43	93
Kosten (als Anteil am Eigentumswert)		5,2 %	0,0 %	0,1 %	0,5 %	3,1 %	0,1 %	2,6 %
Kreditaufnahme								
Internationale Platzierung		15	113	43	15	61	87	30
Rechtsschutzindex		7	2	5	9	6	3	9
Kreditinformationsindex		6	5	6	4	4	5	3
Staatliche Gläubigerdatenbank (erfasster Teil der vollj. Bevölkerung)		0,8 %	23,4 %	0,0 %	0,0 %	62,1 %	0,0 %	0,0 %
Private Gläubigerdatenbank (erfasster Teil der vollj. Bevölkerung)		98,3 %	0,0 %	29,5 %	68,3 %	0,0 %	14,3 %	3,0 %

(Fortsetzung auf nächster Seite)

Kriterium	Land	Deutsch-land	Belarus	Kasachstan	Polen	China	Russland	Ukraine
Schutz von Investoren								
Internationale Platzierung		93	109	57	41	93	93	109
Transparenz (Skala 0–10)		5	5	7	7	10	6	5
Haftbarkeit des Managements (Skala 0–10)		5	1	1	2	1	2	2
Hindernisse für Aktionärsklagen (Skala 0–10)		5	8	9	9	4	7	7
Investorenschutzindex (Skala 0–10)		5,0	4,7	5,7	6,0	5,0	5,0	4,7
Besteuerung								
Internationale Platzierung		71	183	52	151	130	103	181
Zahlungstermine pro Jahr		16	107	9	40	7	11	147
Zeitaufwand in Stunden pro Jahr		196	900	271	395	504	320	736
Gewinnsteuer		8,6 %	20,1 %	23,5 %	17,3 %	2,1 %	10,9 %	12,3 %
Steuern und Abgaben für Beschäftigte		22,0 %	39,6 %	9,6 %	21,9 %	68,0 %	31,8 %	43,1 %
andere Steuern		14,3 %	40,0 %	2,7 %	3,3 %	8,4 %	5,7 %	1,9 %
Steuerhöhe (als Anteil am Gewinn)		44,9 %	99,7 %	35,9 %	42,5 %	78,5 %	48,3 %	57,2 %
Außenhandel								
Internationale Platzierung		14	129	182	42	44	162	139
Anzahl der erforderlichen Dokumente für Ausfuhren		4	8	11	5	7	8	6
Zeitaufwand (in Tagen)		7	16	89	17	21	36	31
Kosten (US-Dollar pro Container)		872 US-\$	1772 US-\$	3005 US-\$	884 US-\$	500 US-\$	1850 US-\$	1,230 US-\$
Anzahl der erforderlichen Dokumente für Einfuhren		5	8	13	5	5	13	10
Zeitaufwand (in Tagen)		7	21	76	25	24	36	36
Kosten (US-Dollar pro Container)		937 US-\$	1770 US-\$	3055 US-\$	884 US-\$	545 US-\$	1850 US-\$	1430 US-\$
Durchsetzung von Vertragsrechten								
Internationale Platzierung		7	12	34	75	18	19	43
Zahl der Verwaltungsakte		30	28	38	38	34	37	30
Dauer in Tagen		394	225	390	830	406	281	345
Kosten (als Anteil am Wert der Forderung)		14,4 %	23,4 %	22,0 %	12,0 %	11,1 %	13,4 %	41,5 %
Geschäftsaufgabe								
Internationale Platzierung		35	74	54	85	65	92	145
Zeit (in Jahren)		1,2	5,8	1,5	3,0	1,7	3,8	2,9
Kosten (Anteil am Firmenwert) (in %)		8 %	22 %	15 %	20 %	22 %	9 %	42 %
Recovery rate (in %)		52,2 %	33,4 %	40,6 %	29,8 %	35,3 %	28,2 %	9,1 %

Worldwide Governance Indicators – Regulation

Erstellt von: Weltbank

Seit: 1996

Häufigkeit: jährlich (bis 2002 alle zwei Jahre)

Indexwerte sind für das jeweilige Stichjahr (und erscheinen mit über einem Jahr Verzögerung.)

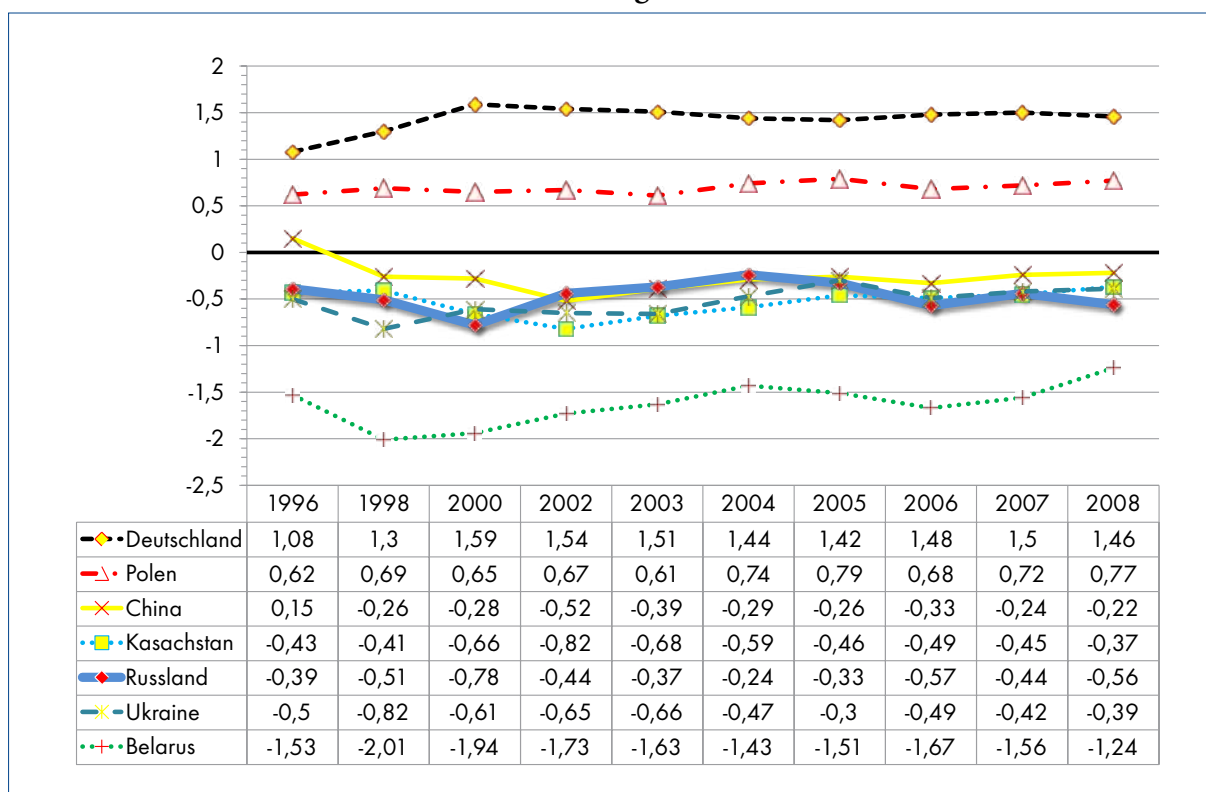
Erfasste Länder: derzeit 213

Internetadresse: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/>

Kurzbeschreibung:

Die Indikatoren basieren auf der Auswertung von relevanten Umfragen unter Wirtschaftsvertretern, Bevölkerung und Experten. Für 2006 wurden so 31 Erhebungen von 25 unterschiedlichen Organisationen benutzt. Die Indikatoren werden in 6 Kategorien gruppiert, von denen die Kategorie Regulierung sich ausschließlich auf das Geschäftsumfeld bezieht. Der entsprechende Indexwert gibt den nach Zuverlässigkeit der Quelle gewichteten Durchschnittswert aller relevanten Datenquellen. Der Durchschnittswert über alle Länder wird als 0 gesetzt. Ein negativer Indexwert für ein Land ist also unterdurchschnittlich, ein positiver Indexwert überdurchschnittlich. Die Indexwerte bewegen sich im Bereich von -2,5 bis +2,5.

Grafik 6: Worldwide Governance Indicators – Regulation: 1996–2008



Index of Economic Freedom – Business Freedom

Erstellt von: Heritage Foundation und Wall Street Journal (USA)

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Vorjahr.

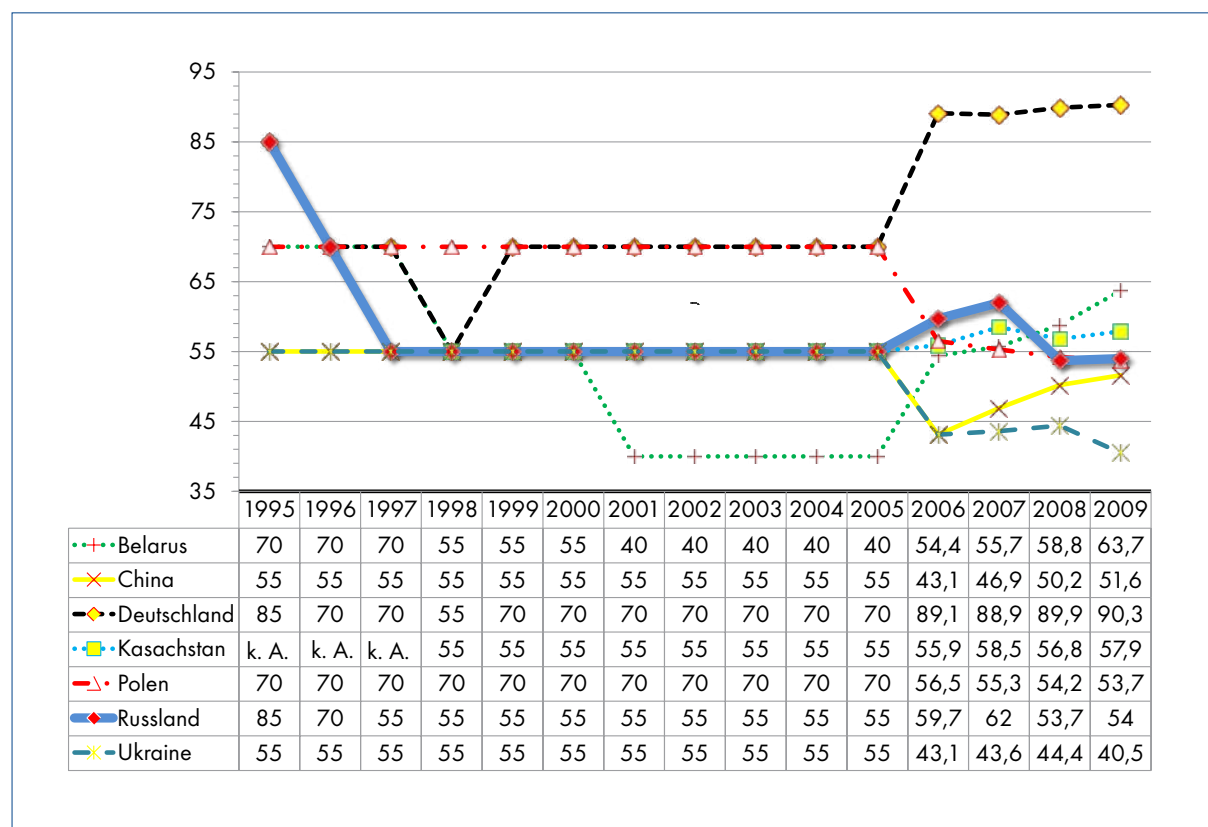
Erfasste Länder: derzeit 183

Internetadresse: <http://www.heritage.org/Index/Ranking.aspx>

Kurzbeschreibung:

Der auf S. 15 vorgestellte Index of Economic Freedom erfasst das Geschäftsumfeld (business freedom bzw. regulation) als einen Teilbereich. Die Bewertung erfolgt auf einer Skala von 0 bis 100, wobei 100 die bestmögliche Bewertung darstellt.

Grafik 7: Index of Economic Freedom: Geschäftsumfeld 1995–2009



Teil 3: Korruption

Corruption Perception Index

Erstellt von: Transparency International

Seit: 1995

Häufigkeit: jährlich

Erfasste Länder: derzeit 180

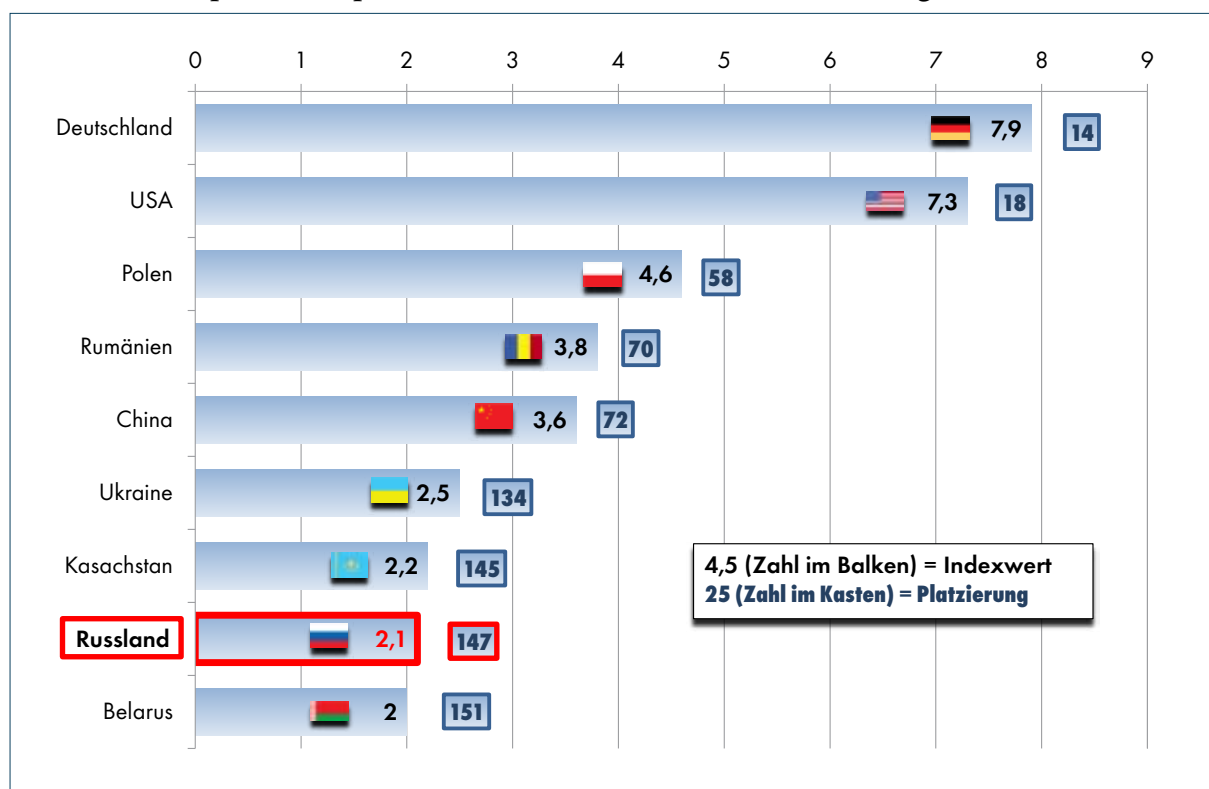
Internetadresse: http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi

Kurzbeschreibung:

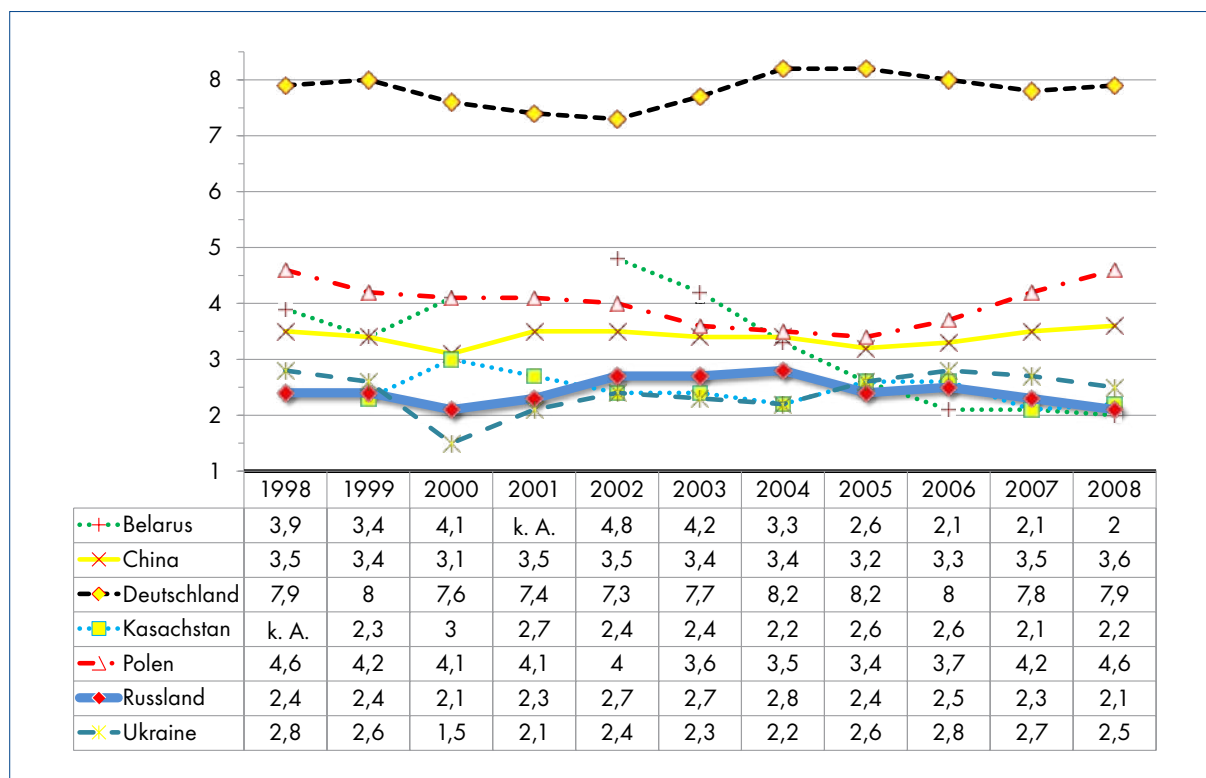
Der Index ergibt sich durch Auswertung von verschiedenen (pro Land mindestens drei voneinander unabhängigen) Datenquellen zur Wahrnehmung von Korruption im jeweiligen Land durch befragte Geschäftsleute und Experten.

Die Ergebnisse werden auf einer Skala von 0 (extrem korrupt) bis 10 (nicht korrupt) erfasst.

Grafik 8: Corruption Perception Index 2008: Indexwert und Platzierung



Grafik 9: Corruption Perception Index 1998–2007



Anmerkung: Transparency International weist daraufhin, dass ein Vergleich der Indexwerte verschiedener Jahre aufgrund wechselnder Erhebungsmethoden und der Bildung gleitender Durchschnitte methodisch nicht korrekt ist.

Worldwide Governance Indicators – Korruptionskontrolle

Erstellt von: Weltbank

Seit: 1996

Häufigkeit: jährlich (bis 2002 alle zwei Jahre)

Indexwerte sind für das jeweilige Stichjahr (und erscheinen mit über einem Jahr Verzögerung.)

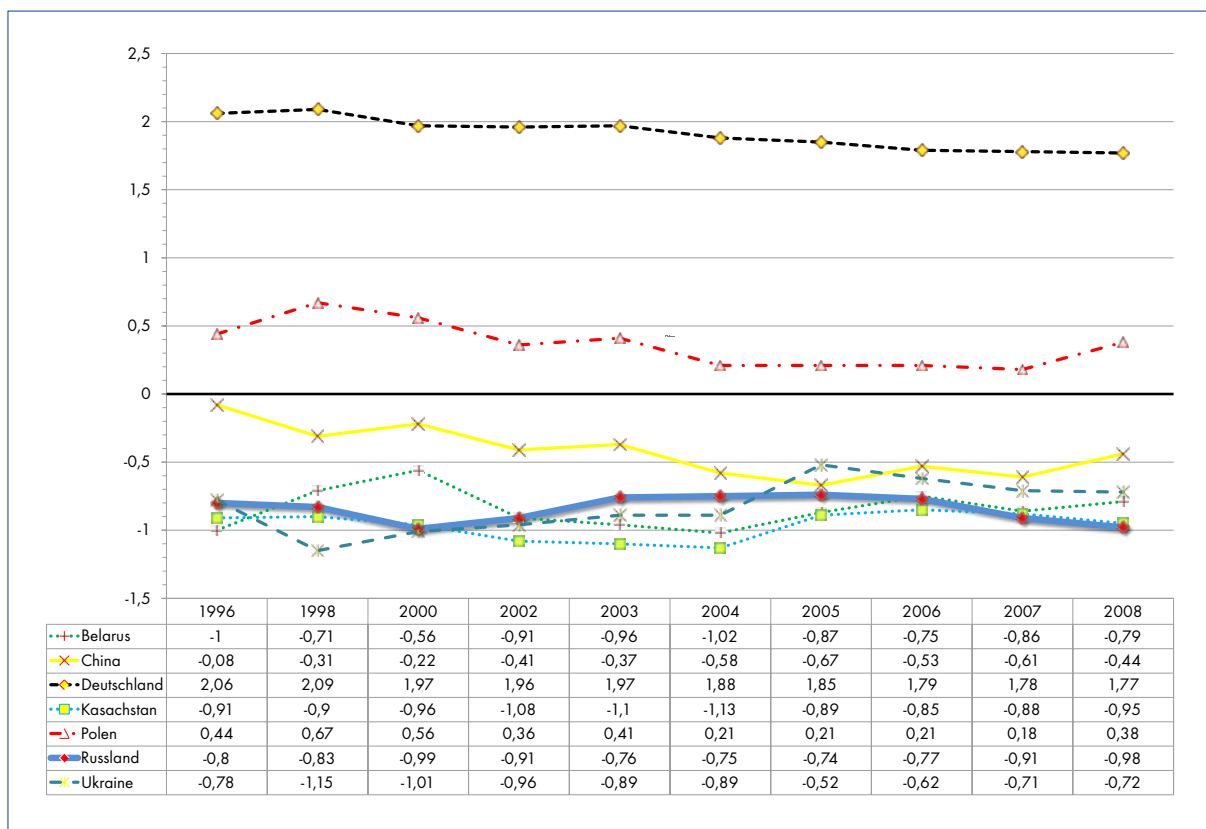
Erfasste Länder: derzeit 213

Internetadresse: <http://info.worldbank.org/governance/wgi2007/>

Kurzbeschreibung:

Die Indikatoren basieren auf der Auswertung von relevanten Umfragen unter Wirtschaftsvertretern, Bevölkerung und Experten. Für 2006 wurden so 31 Erhebungen von 25 unterschiedlichen Organisationen benutzt. Die Indikatoren werden in 6 Kategorien gruppiert, von denen eine Korruptionskontrolle ist. Der entsprechende Indexwert gibt den nach Zuverlässigkeit der Quelle gewichteten Durchschnittswert aller relevanten Datenquellen. Der Durchschnittswert über alle Länder wird als 0 gesetzt. Ein negativer Indexwert für ein Land ist also unterdurchschnittlich, ein positiver Indexwert überdurchschnittlich. Die Indexwerte bewegen sich im Bereich von -2,5 bis + 2,5.

Grafik 10: Worldwide Governance Indicators – Korruptionskontrolle: 1996–2008



Teil 4: Sozioökonomisches Entwicklungsniveau

Human Development Index (HDI)

Erstellt von: United Nations Development Program (UNDP)

Seit: 1990 (rückwirkende Berechnung für 1975 bis 1990 ohne die sozialistischen Staaten)

Häufigkeit: jährlich

Indexwerte beziehen sich jeweils auf das Stichjahr und werden mit zwei Jahren Verzögerung publiziert.

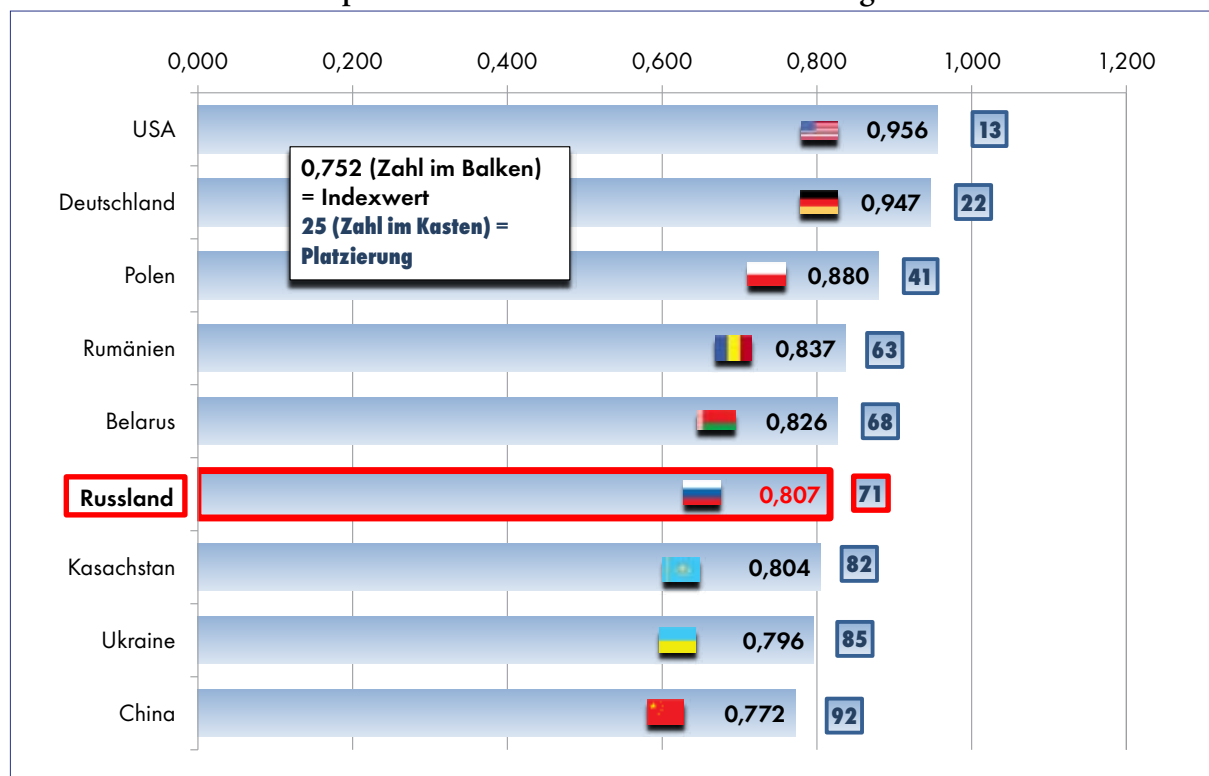
Erfasste Länder: derzeit 179

Internetadresse: <http://hdr.undp.org/en/statistics/data/>

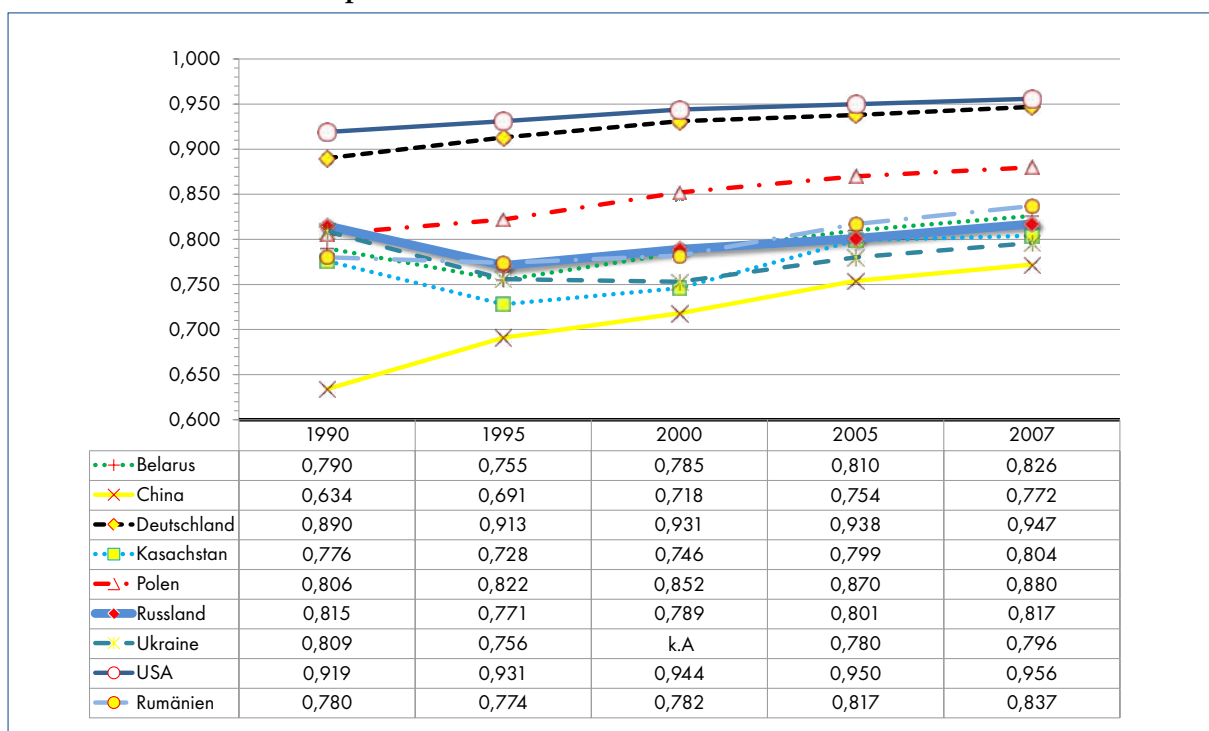
Kurzbeschreibung:

Der Index soll die „durchschnittlichen Errungenschaften eines Landes in drei grundlegenden Bereichen messen: langes und gesundes Leben, Wissen und annehmbarer Lebensstandard. Dazu werden vier grundlegende statistische Kennzahlen (Lebenserwartung, Alphabetenrate, kombinierte Schul- und Hochschulausbildungsrate, BIP pro Kopf in Kaufkraftparität) indiziert und zu einem Gesamtwert kombiniert, der zwischen 0 und 1 liegt. Ein Wert ab 0,8 steht dabei für hohes Entwicklungsniveau. Ein Wert von 0,5 bis 0,8 für ein mittleres Niveau und ein Wert unter 0,5 für ein niedriges Niveau.

Grafik 11: Human Development Index: Indexwerte und Platzierungen 2007



Grafik 12: Human Development Index 1990–2007



Anmerkung: Für Russland liegt kein Wert für 2000 vor. Es wurde deshalb ein gleitender Durchschnitt gebildet.

Chronik

Vom 8. bis zum 22. Oktober 2009

8.10.2009	Die russische Presse meldet, dass Generalleutnant Wladimir Schamanow, der Befehlshaber der Luftlandetruppen, vom Verteidigungsminister einen Verweis erhalten hat. Am 21. September hatte die »Nowaja gaseta« Mitschnitte eines Telefongesprächs veröffentlicht, in dem Schamanow den Einsatz von Spezialkräften anordnet, um das Unternehmen Sporttek, das seinem früheren Schwiegersohn gehört, vor dem Zugriff der Staatsanwaltschaft zu schützen.
8.10.2009	In Kirowaul (Dagestan) werden im Zuge einer Spezialoperation zwei Untergrundkämpfer getötet.
8.-9.10.2009	Präsident Dmitrij Medwedew nimmt am Gipfeltreffen der GUS-Staaten in Chisinau (Republik Moldawien) teil. Die Präsidenten Gurbangulij Berdimuchammedov (Turkmenistan), Emomali Rachmon (Tadschikistan), Islam Karimow (Usbekistan) und Präsident Nursultan Nasarbajew (Kasachstan) sind nicht anwesend.
9.10.2009	Bei einem Bombenattentat in Grosny wird ein Polizist getötet, zwölf weitere werden verletzt.
10.10.2009	In St. Petersburg findet ein »Marsch für die Bewahrung von St. Petersburg« statt, der sich gegen Pläne zur Errichtung des »Ochta Zentrums« richtet, das mit seinen Ausmaßen die Silhouette Petersburg zerstören würde. An dem Marsch nehmen ca. 4.000 Personen teil.
11.10.2009	In Mari El, Tula und der Stadt Moskau finden Regionalwahlen statt, daneben gibt es in vielen Regionen Kommunalwahlen. Die Partei »Einiges Russland« erringt eine überwältigende Mehrheit (Moskau: Einiges Russland 66,25 %, KPRF 13,30 %, Wahlbeteiligung 35,25 %; Mari El: Einiges Russland 64,55 %, KPRF 19,53 %, Wahlbeteiligung 58,62 %; Tula: Einiges Russland 55,40 %, KPRF 18,33 %, Gerechtes Russland 13,99 %, Wahlbeteiligung 42,18 %). Aus einer Reihe von Regionen (u. a. Moskau und Dagestan) werden Wahlbehinderungen und Fälschungen gemeldet.
12.10.2009	Wladimir Sokolin, der Leiter der russischen Statistikbehörde »Rosstat«, kritisiert vor seinem Wechsel zur Statistikbehörde der GUS die Informationspolitik des Wirtschaftsministeriums, dem die Statistikbehörde unterstellt ist.
12.10.2009	Bei einer Spezialoperation in Inguschetien werden sechs Untergrundkämpfer und zwei Angehörige der Sicherheitskräfte getötet. Mehrere Personen werden verletzt.
13.10.2009	Präsident Dmitrij Medwedew verlängert die Amtszeit des Generalstabschefs, Armeegeneral Nikolaj Makarow, bis zum Jahre 2012. Vorschriftenmäßig hätte Makarow in diesem Jahr mit Erreichen der Altersgrenze von 60 Jahren in den Ruhestand versetzt werden müssen.
13.10.2009	Die US Außenministerin Hillary Clinton besucht Moskau und führt Gespräche mit Außenminister Sergej Lawrow und Präsident Dmitrij Medwedew. Dabei werden die bilateralen Beziehungen und Fragen der nuklearen Abrüstung erörtert. Hillary Clinton trifft sich auch mit Menschenrechtlern und hält eine Rede vor Studenten der MGU. Im Anschluss an den Moskauaufenthalt besucht sie Kasan.
13.10.2009	Dreitägiger Staatsbesuch von Ministerpräsident Wladimir Putin in China. Im Zusammenhang mit dem Besuch unterzeichnen russische und chinesische Unternehmen Verträge in Höhe von 3,5 Mrd. US\$.
13.10.2009	Das Basmanjy-Bezirksgericht in Moskau weist die Klage von Jewgenij Dshugashwili, dem Enkel Stalins, gegen die Zeitung »Nowaja gaseta« ab, die Stalin einen »blutdürstigen Menschenfresser« genannt hatte.
14.10.2009	Staatsbesuch des tschechischen Präsidenten Václav Klaus in Moskau. Es finden Gespräche mit Präsident Dmitrij Medwedew über Fragen der Energiepolitik, der europäischen Entwicklung und über bilaterale Fragen statt.

14.10.2009	Aus Protest gegen den Ablauf der Wahlen in Moskau ziehen die drei Oppositionsparteien LDPR, KPRF und »Gerechtes Russland« aus der Moskauer Stadtduma aus.
15.10.2009	Im Atschchoj-Martanowskij Bezirk (Tschetschenien) werden in einem längeren Gefecht sechs Untergrundkämpfer und drei Angehörige des Inlandsgeheimdienstes FSB getötet.
16.10.2009	Die Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, das die Leitung einer kriminellen Vereinigung mit besonders hohen Strafen belegt.
17.10.2009	Sicherheitskräfte stürmen in Inguschetien ein Gebäude, in dem sich vier Untergrundkämpfer verschanzt haben. Alle vier werden getötet.
18.10.2009	Im Bezirk Chasawjurt (Dagestan) kommt es bei dem Versuch, einen PKW zu stoppen, zu einem Feuergefecht. Die drei Insassen werden getötet.
20.10.2009	Staatsbesuch von Präsident Dmitrij Medwedew in Serbien. Medwedew führt Gespräche mit seinem serbischen Amtskollegen Boris Tadić und der serbischen Regierung. Im Verlaufe des Besuchs wird eine Reihe von Abkommen über bilaterale Zusammenarbeit unterzeichnet.
21.10.2009	Michail Chodorkowskij reagiert in der Tageszeitung »Wedomosti« auf Medwedews programmatischen Artikel »Vorwärts Russland!«. Er stellt die Frage, wer Medwedews Modernisierungsvorschläge tragen soll und verweist auf Intelligenz und Mittelklasse.
21.10.2009	Im »Press Freedom Index 2009«, einem Ranking der Pressefreiheit, erreicht Russland Platz 153 unter 175 Ländern.
22.10.2009	Stellvertretend für die Menschenrechtsorganisation »Memorial« erhalten Ljudmila Aleksejewa, Oleg Orlow und Sergej Koroljow vom Europäischen Parlament den Sacharow-Preis für geistige Freiheit.
22.10.2009	Informationen aus dem russischen Rüstungskomplex zufolge hat die russische Seite den Vertrag zur Lieferung von Luftabwehrraketen des Typs S-300 an den Iran eingefroren.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2009 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

***kultura.* Russland-Kulturanalysen**

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: zweimonatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasi-schen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de